

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

176 (1.8.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musfeste“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmöndlich 1.— M mit 90 J ohne Zustellung. Einzel- u. Redaktionspreis 10 J, Samstags 15 J. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 J, auswärts 25 J, Reklamen 80 J. Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Gera Schöppin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Das Ruhrgebiet wieder frei

Die letzten französischen Truppen abgezogen
Effen, 31. Juli. Die letzten französischen Truppen haben heute nachmittags mit klingendem Spiel das Ruhrgebiet verlassen und sind mit dem Ziel Landen Germersheim verladen worden. Damit ist das Ruhrgebiet mit Ausnahme der Sanitätsstädte vollständig geräumt.
Effen, 1. Aug. Aus Anlaß der endgültigen Befreiung der rheinisch-westfälischen Industriebezirke von fremder Besetzung begann gegen 12 Uhr, dem offiziellen Zeitpunkt des Aufmarsches der Besatzungsarmee, feierliches Glockengeläute sämtlicher Kirchen der Stadt, das etwa eine Viertelstunde dauerte. Die Straßen, insbesondere im Zentrum der Stadt, sind überaus reich besetzt.

Meinungsaustausch über den Sicherheitspakt

Mündliche Verhandlungen mit Deutschland im September
London, 31. Juli. Der amtliche englische Kundendienst meldet:
Nach Pariser Meldungen dieser Wochenschrift erscheint ziemlich häufig, daß der französische Außenminister Briand im August nach London kommt. In Paris soll diesen Meldungen zufolge die Ansicht bestehen, daß die französische und die englische Auffassung in der Frage des Sicherheitspaktes sich nunmehr soweit genähert haben, daß die Verhandlungen mit Deutschland im September im Wege mündlicher Ausprache fortgesetzt werden können. Aus diesem Grunde wäre eine vorherige Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain erwünscht.

Kündigung des Lohntarifes bei der Reichspost

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Deutsche Verkehrsverband seinen den Lohnstarif mit der Reichspost für den 31. August d. J. gekündigt.

Der Marokko-Krieg

Paris, 31. Juli. Ein offizielles Komunique aus Fez vom 31. Juli meldet: Gestern abend ist durch Explosion eines Munitionsdepots die Verteidigungsanlage des Forts von Anfa vollständig zerstört worden. Die Besatzung hat sich mit den Waffen in der Hand durch die feindlichen Lager den Weg gebahnt und ist zum größten Teil zu der französischen mobilen Truppe gestoßen, die in dieser Gegend operiert. Havas meldet aus Tananger: Das Pulvermagazin von Larasch ist gestern abend teilweise explodiert. Es kam zu einer Panik. Der Schiffschiffen ist bedeutend. Die Explosion wird auf ein feindliches Attentat zurückgeführt.
Paris, 1. August. (Eigener Kundendienst.) Die heutigen Morgenblätter bringen eine Meldung aus englischen Quellen, wonach Abd el Krim 2 Abgesandte nach Tananger geschickt haben soll, um dort von den Vertretern der französischen und spanischen Regierungen die von Frankreich und Spanien gemeinsam ausgearbeiteten Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Dagegen wird von der französischen offiziellen Seite nach wie vor erklärt, daß man in Paris keine Absicht habe, Abd el Krim zu empfangen.

Von der französischen sozialistischen Partei

Paris, 1. Aug. (Eigener Kundendienst.) Die Resolutions-Kommission, die von dem letzten Kongress der sozialistischen Verbände des Seine-Departements eingesetzt wurde, vermochte sich nicht auf einen gemeinsamen Schluß zu einigen. Es wurde daher der Nationalkongress zwei Entschlüsse vorlegen. Die eine trägt 23 Unterschriften, an erster Stelle die von Leon Blum. Sie spricht sich gegen die Unterstützungspolitik gegenüber der jetzigen Regierung aus und weist darauf hin, daß die sozialistische Fraktion ihre Stimme nur einer Regierung geben könne, die eine gleiche Grundlage, wie das Ministerium Herriot besitzen würde. Diese Entschlüsse werden sich dann gegen jede Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung und stellt diese Beteiligung als außerordentlich gefährlich für den Sozialismus in Frankreich hin. Die zweite Entschlüsse, die nur von 7 Mitgliedern der Resolutions-Kommission unterschrieben worden ist, tritt im Gegenteil dafür ein, daß die sozialistische Partei sich bereit erkläre, sich an der Regierung zu beteiligen. Die beiden Entschlüsse werden schließlich nach im Einklang mit den Beschlüssen der vor wenigen Tagen stattgefundenen Konferenz der französischen, spanischen und englischen Sozialisten Stellung zu der Marokko-Affaire.

Pariser Bankbeamtenstreik

Paris, 1. Aug. (Eigener Kundendienst.) Die Streikbewegung der Pariser Bankbeamten hat im Laufe des Freitag an Umfang gewonnen. Es befinden sich nunmehr die Angestellten sämtlicher Großbanken (mit Ausnahme der Societe Generale) im Ausstand. Die Streikenden, deren Zahl man auf etwa 10 bis 12 000 schätzt, sind entschlossen, den Kampf bis zu Ende zu führen. Sie werden von sämtlichen Gewerkschaften, den Sozialisten, den Kommunisten und den Katholiken unterstützt.

Das Eisenbahnunglück von Tours

Nach Blättermeldungen aus Paris hat sich die Zahl der Toten bei der Eisenbahnkatastrophe zwischen Le Mans und Tours auf 16 erhöht. Eine Meldung weiß sogar von 18 Toten zu berichten. Die Bergung der Toten aus den Trümmern der zerstörten Wagen gestaltete sich äußerst schwierig. Der Lokomotivführer war zwischen Maschine und Tender eingeklemmt.

Ein Flugzeug-Unfall

Warschau, 31. Juli. Heute mittag stürzte ein Seeresflugzeug bei Fallschirmversuchen über Warschau ab, weil sich ein Scheiterteil in der Steuerung verfangen hatten. Die beiden Piloten wurden nur als Leichen aus dem zertrümmerten Flugzeug geborgen.

Für die aus Polen ausgewiesenen Deutschen

Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge haben von den 20 000 Deutschen, die Polen bis zum 1. August verlassen haben müssen, bereits 7000 die Grenze überschritten. Es handelt sich zum größten Teil um Landwirte und Handwerker. Wie das Blatt weiter meldet, hat die preussische Staatsregierung alle Anordnungen getroffen, um ihnen Unterstützungsmöglichkeiten in Schneidmühl zu schaffen. Ferner ist Anweisung gegeben worden, daß die Ostanten sofort auf die verschiedenen preussischen Regierungsbezirke verteilt werden. Eine größere Summe ist als erste finanzielle Nothilfe nach Schneidmühl von der Staatsregierung abgefordert worden.

Meuterei von Häftlingen

Berlin, 1. Aug. Auf der Insel Anafasta bei Burgas, auf der 73 politische Gefangene untergebracht sind, die in Verbindung mit dem Attentat auf die Kaiserin Katharina festgenommen worden waren, überfielen 5 Gefangene die Wache und töteten sie, um die ganze Insel in ihren Besitz zu bringen. Darauf verließen 43 Gefangene mit einem Schiff die Insel, während die übrigen sich weigerten, an der Flucht teilzunehmen. Von den Häftlingen fehlt jede Spur.

Auch eine Ebert-Straße in Leipzig

Leipzig, 1. Aug. (Eig. Kundendienst.) Auch Leipzig soll jetzt eine Friedrich-Ebert-Straße und gleichzeitig eine Walter-Rathenau-Straße erhalten. Anlaß hierzu bietet die Einweihung des bisherigen Vororts Reuditz mit der Stadt Leipzig, da sich durch die Verbindung die Umbenennung mehrerer gleichlautender Straßen notwendig macht. Infolgedessen soll am 1. Januar 1926 die Hauptstraße in dem Stadtteil Reuditz Friedrich-Ebert-Straße und die Bahnhofstraße Walter-Rathenau-Straße heißen.

Man blamiert sich so gut man kann

Das gilt auch von Ihrer Majestät der Kaiserin Hermine, deren Auftreten im benachbarten Wildbad wir wiederholt kritisch unter die Lupe nehmen mußten. Auch der Lagerer Mannerges langverein Orphea hatte, wie wir aus einem dem „Vorwärts“ Morgenblatt entnommenen Zeitungs-ausschnitt aus einer rheinischen Zeitung ersehen, Gelegenheit, über die unbedeutende Titelführung der zweiten Frau von Wilhelm dem Danonogeläufigen — Herzlich zu Lachen. Lachen ist gesund, und so wollen wir auch unsern Lesern die Gelegenheit zum Lachen über plauenhafte Eitelhaftigkeit nicht vorenthalten, sondern ebenfalls die Zuschrift aus dem Rheinland abdrucken:
„Der Männergesangsverein „Orphea“ Wachen berührte auf einer Süddeutschlandreise Wildbad, wo er auch ein Konzert gab. Nach dem Konzert kam ein Dilettant zum Dirigenten und schlug ihm vor, ein paar Lieder vor seinem Hotel singen zu lassen; als Entgelt sollte die Vereinskasse 50 M (!) erhalten. Die Kasse war schwach, daher ja man. Die Zuhörer, die sich einzuwenden hatten, schenken allerdings der Feinherreife in der 1. Etage mehr Aufmerksamkeit, als den Sängern, worauf diese nach der Ursache fragten. Und da hieß es denn: Dort wohnt die Kaiserin. Welche Kaiserin? war die Frage. Hermine! Das Ständchen wurde sofort abgebrochen. Mit Mühe konnte der Vorstand des Gesangsvereins die demokratischen Sänger beruhigen. Wieder in Wachen angekommen, wurde der Verein mit einem Schreiben überhäuft:
Brieftelegramm
Ihrer Majestät der Kaiserin
Haus Doorn (gestrichen) Wildbad.
Der Inhalt ungefähr: „Wunderbare Lieder, hohen Kunstgenuss, leider unmöglich, im Beise liegen usw.“ Zum Schluß heißt es ganz unmotiviert, zusammenhanglos: „... Nach beendeter Kur lehre ich sofort zum geliebten Kaiser zurück.“
Hermine J. K.“

Kleine Nachrichten

Mainz. Die 42teilige Gutenberg-Bibel, die sich im Besitze eines Herrn Stefan Reiff befindet, ist durch Vermittlung einer bekannten Bonner Buchhandlung in englischen Besitz übergegangen. Die Verhandlungen, die sich über mehrere Monate hinaus erstreckten und die das Ziel hatten, diesen wertvollen Druck, von dem nur 13 vollständige Exemplare bekannt sind, dem Geburtslande und eventuell der engeren Heimat des Altmeisters Gutenberg zu erhalten, waren ergebnislos.
Wien. In dem österreichischen Bezirk Mistelbach ging ein heftiges Gewitter mit erheblichem Hagelschlag nieder. Die Ernte ist völlig vernichtet. Das in Mandeln stehende Getreide ist durch Sturm und Wasserfallen weggerafft worden. Drei Personen, die unter einer Eisenbahnunterführung Schutz gesucht hatten, wurden von den Wasserfällen, die plötzlich in das Tunnel eindrangten, ungerissen und extrant.

Die Aufwertung von Sparguthaben

Von Wilhelm Reil.

Seitdem das Aufwertungsgezet trotz seiner völligen Unzulänglichkeit vom „Reiter“ Hindenburg verkündet und damit in Kraft getreten ist, belebt sich das Interesse der kleinen Sparer an der Frage, wie die Sparguthaben aufgewertet werden. Auf diese Frage läßt sich auf Grund der Bestimmungen des Aufwertungsgezetes eine präzise Antwort noch nicht geben. Das Gezet trifft nur grundsätzliche Regelungen, überläßt die Durchführung im einzelnen dagegen den obersten Landesbehörden.

Wie bei der Aufwertung von Kassenbüchern und Versicherungssparbüchern, so sieht das Gezet auch bei der Aufwertung von Sparguthaben die Bildung einer Teilungsmasse vor. Diese Teilungsmasse besteht bei den Sparguthaben aus dem aufgewerteten Sparguthabensvermögen und einem etwa aus den sonstigen Vermögen der Sparkasse oder durch den Garanten zu leistenden Beitrag. Für die Verwaltungskosten der Sparguthabenaufwertung kann ein bestimmter Betrag von der Teilungsmasse abgezogen werden. Das Vermögen der Sparkassen besteht in der Hauptsache aus ausgeliehenen Hypotheken und erworbenen Anteilen. Die Größe der Teilungsmasse hängt also vor allem ab von der Höhe der Summen, die den Sparguthabern aus der Aufwertung ihrer Hypothekensorderungen und ihres Anteilsbesitzes zufließen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrem äben Kampf für eine gerechte Aufwertung nicht zuletzt die Ansprüche der kleinen Sparer, die sich von einem dürftigen Einkommen pfennigweise einen Notgroschen für die Zukunft abarbeiten, im Auge gehabt. Wenn sie für entwertete Hypotheken und ähnliche Forderungen einen Normalfuß von 40 Prozent mit der Möglichkeit der Abweichung nach oben und unten beantragte, und wenn sie ferner für die öffentlichen Anleihen eine Umwandlung auf 20 Prozent mit fortlaufender Verzinsung zu einem normalen Satz verlangte, so wollte sie damit zugleich eine Aufwertung der Sparguthaben auf mindestens 25 Prozent erreichen. Da nun aber die Rechtsmehrheit des Reichstages die Hypothekenaufwertung auf den Höchstfuß von 25 Prozent beschränkt und für die Anleihenbewertung unter Verzicht auf die Besteuerung der Inflationsgewinne ein System eingeführt hat, bei dem nicht einmal ein Gegenwertwert von 10 Prozent herauspringt, werden die Einnahmen der Sparkassen aus ihren aufgewerteten Vermögensansprüchen kaum ausreichen, um die Sparguthaben bis zur Hälfte des von der Sozialdemokratie beantragten Satzes aufzuwerten. Im § 55 des Aufwertungsgezetes ist gesagt, daß der bei der Verteilung der Teilungsmasse auf die Sparguthaben entfallende Betrag mindestens 12,5 v. H. des Goldmarkbetrages erreichen „soll“. Dieses „soll“ bedeutet, daß eine bindende Verpflichtung, die Sparguthaben wenigstens auf 12,5 v. H. aufzuwerten, nicht ausgesprochen ist.

Die Höhe des Anspruches richtet sich auch bei den Sparguthaben nach dem Goldmarkbetrag. Bei Spareinlagen, die vor dem 1. Januar 1918 gemacht wurden, gilt der Nennbetrag als Goldmarkbetrag; bei später gemachten Spareinlagen erfolgt die Umrechnung nach der Reichsmark, die aus dem Mittel des Dollarkurses und des Großhandelsindex gebildet ist. Die oberste Landesbehörde kann anordnen, daß Einzahlungen und Auszahlungen, die in der Hochflut der Inflation erlosen sind, bei der Aufwertung unberücksichtigt bleiben; doch ist das nur zulässig für Einzahlungen und Auszahlungen, die nach dem 15. Juni 1922 erfolgt sind. Bereits ausgezahlte Guthaben werden bei der Verteilung berücksichtigt, wenn der Sparer sich bei Auszahlung des Betrags seine Rechte vorbehalten hat. Die Verteilung der Teilungsmasse unter die Sparer geschieht durch einen Treuhänder. Dieser Treuhänder hat einen Teilungsplan aufzustellen, welcher der Genehmigung der obersten Landesbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle unterliegt und mit dieser Genehmigung verbindlich wird. Die von den obersten Landesbehörden oder den von ihr bestimmten Stellen zu erlassenden Durchführungsbestimmungen sind natürlich für den Treuhänder maßgebend. Durch diese Bestimmungen kann angedordnet werden, daß die Guthaben einen Mindestbetrag erreichen müssen, um bei der Verteilung berücksichtigt zu werden und die nichtberücksichtigten Kleinguthaben nach bestimmten Grundrößen abzulösen sind. Die Landesbehörde kann weiter vorschreiben, daß die Sparkasse oder der Garant einen Beitrag zur Teilungsmasse zu leisten hat; sie kann zur Befehlsmäßigkeit der Rückzahlung aufgewerteter Forderungen der Sparkasse eine Ermächtigung der Schuld oder andere Verfügungsmacht gewähren; sie kann einen einheitlichen Aufwertungsfuß für sämtliche Sparkassen eines Landes oder einzelner Landesteile festlegen und in diesem Falle anordnen, daß die Bildung einer Teilungsmasse und die Bestellung des Treuhänders unterbleibt; sie kann weiter einen Mindestfuß der Aufwertung bestimmen, die Gewährung eines Beitrages für die Verwaltungskosten vorschreiben und für mehrere Sparkassen die Zusammenlegung der Teilungsmassen und ihre einheitliche Verteilung anordnen.

Der Sparkassengläubiger hat zunächst zu warten, bis die Landesbehörde die Anmeldung der Guthaben innerhalb einer Ausschlussfrist vordrückt. Er meldet sodann sein Guthaben bei der Sparkasse an. Die Bildung der Teilungsmasse dürfte geraume Zeit erfordern. Würden die Sparkassen warten, bis sie von ihren alten Hypothekengläubigern ihre Aufwertungsbeiträge hereinbekommen, so könnten noch zehn oder mehr Jahre vergehen, bis die Spareinleger kleinste Bruchteile ihrer Guthaben zurückbekämen. Bekanntlich kann die Zahlung des Aufwertungsbeitrages bei Hypotheken erst ab 1. Januar 1932 und unter Umständen erst ab 1938 verlangt werden. Solange aber dürfen die Sparkassen auf keinen Fall ihre Gläubiger warten lassen. Sie brauchen das auch nicht.

Sobald festgestellt ist, wie hoch die Ansprüche der Sparkassen aus der Hypothekenaufwertung sind, können diese dinglich gesicherten neuen Forderungen als Deckung für die Ansprüche der alten Einleger nutzbar gemacht werden. Nach den Anmelde- und Einprüfungsfristen des Gesetzes wird das etwa ab 1. April 1926 möglich sein. Freilich ist, ob bis dahin die Ablösung der öffentlichen Anleihen soweit vorgeritten sein wird, daß die Sparkassen als Anleihegläubiger in der Lage sind, ihren Besitz an Anleiheausgaben zu mobilisieren. Ist das der Fall, so sollte um die Mitte des Jahres 1926 die endgültige Bildung und Verteilung der Teilungsmasse möglich sein. Die Gläubiger der Sparkassen werden sich also noch für etwa ein Jahr mit Geduld wappnen müssen.

Inzwischen können aber die Sparkassen, wie das in einzelnen Fällen schon geschehen ist, Vorstöße an die Einleger gewähren. Die Sparkassen der Kaufmannschaften sind bereits mit autem Beispiel vorgegangen. Obgleich sie so wenig wie die öffentlichen Sparkassen der unbeschränkten Aufwertung unterliegen, haben sie doch vielfach ihre Einlagen zu einem Prozentsatz aufgewertet, der nicht nur weit über den Mindestsatz für die Aufwertung der Guthaben bei öffentlichen Sparkassen, sondern auch über den Höchstmaß der Hypothekenaufwertung hinausgeht. Die Fabrik- und Werkparkassen unterliegen im allgemeinen der unbeschränkten Aufwertung nach Treu und Glauben. In einzelnen Fällen sind auch hier schon namhafte Aufwertungsätze gewährt worden. Aufgabe der Gläubiger der Fabrik- und Werkparkassen wird es sein, darüber zu wachen, daß ihre Ansprüche allgemein anerkannt werden.

Bayern und die Verfassungsfeier

Das von den republikanischen Organisationen Münchens für die Durchführung der Verfassungsfeier beauftragte Reichsbanner Schwarz-Weiß-Rot-Gold hat bereits am 1. Juli in einem Besuch an die Polizeidirektion um Ueberlassung des Königsplatzes, der in den letzten Jahren hundertmal für öffentliche Festlichkeiten schwarz-weiß-roter Couleur freigegeben war, gebeten. Vier Tage später wurde dem Reichsbanner der Beschluß der Regierung mitgeteilt, daß die Genehmigung zur Verfassungsfeier auf dem Königsplatz nicht erteilt werde, daß aber unter gewissen Voraussetzungen die Feier auf der Theresienwiese abgehalten werden könne. Unter diesen Umständen beschloßen die republikanischen Verbände, die Feier am 11. August in der Tonhalle abzuhalten und sie mit einem Fackelzug abzuschließen. In diesem Sinne wurde am 24. Juli die Polizeidirektion benachrichtigt. Am 29. Juli teilte die Polizei bereits mit, daß der Fackelzug nicht genehmigt sei. Die letzte Genehmigung von Fackelzügen sei erfolgt bei der Jahrtagefeier. Daraufhin faßte der vorbereitende Ausschuß für die Verfassungsfeier sowie die republikanischen Verbände am Donnerstag einmütig folgenden Beschluß:

„Die politische Polizei hat unter Berufung auf die bayerische Staatsregierung die deutsche Verfassungsfeier auf dem Königsplatz verboten. Sie will nunmehr auch den geplanten Fackelzug verhindern. Die Versicherungen, in denen dieses neue Verbot ausgesprochen ist, finden bei uns keinen Glauben mehr. Die Widersprüche zwischen Versprechen und Worthalten, die sich aus der letzten Rechtfertigung des Staatsministeriums des Innern vor dem Landtag und der heutigen bürokratisch-polizeilichen Willkür ergeben, sind zu schreiend. Das deutsche Volk hat aus Krisennot, körperlichem und wirtschaftlichem Zusammenbruch heraus 1919 die freiwillige Ordnung aus eigener Kraft gerettet und festgehalten. Die planmäßigen hemmungslosen Versuche englischer partikularistischer Gemächter werden den freiwirtschaftlichen Aufstieg und den Zusammenhalt der deutschen Stämme nicht hindern. Der Reichspräsident von Hindenburg, alle Reichsbehörden nehmen in Berlin offiziell an der Verfassungsfeier teil. In München versucht die bayerische Bürokratie die verfassungstreue Bevölkerung zu isolieren. Wir verzichten auf weitere Proteste und überlassen die bayerische Reaktion der Gerechtigkeit einer eigenen Welt.“

Die amtl. eingegangene Verfassungsfeier wird nunmehr von den republikanischen Verbänden am 11. August abends in der Tonhalle abgehalten.

Von unserer Justiz

Aus Braunschweig wird geschrieben: Vor dem Amtsgericht in Braunschweig hatte sich am Dienstag und Mittwoch der verantwortliche Redakteur des Braunschweiger „Volksfreund“, Herr Thielemann, wegen Beleidigung des braunschweigischen Stahlhelmführers Uhlensbaum zu verantworten. Uhlensbaum ist persönlich mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg bekannt, zeitweiliger Reichswehrminister und im Nebenberuf Kohlenhändler. In unserem Braunschweiger Parteiblatt wurde mehrfach behauptet, daß der Stahlhelmführer Uhlensbaum in einer Duellaffäre mit dem Braunschweiger Schlachthausdirektor Dr. Kramer „gekniffen“ habe, daß er ferner sehr oft die Unwahrheit sage und u. a. auch die Eisenbahndirektion Magdeburg gröblich beschuldigt habe. Im wurde weiter vorgeworfen, daß er seine männlichen und weiblichen Kaufmannslehrlinge zu den größten Arbeiten verwerbe, aber nie ordnungsgemäß im Bureau beschäftige. Der Angeklagte konnte in allen Fällen den Wahrheitsbeweis antreten. Das Gericht stellte in der Urteilsbegründung ausdrücklich fest, daß Uhlensbaum in der besagten Duellaffäre tatsächlich „gekniffen“ habe, daß sich der Landesverbandführer des Stahlhelms in Hannover ausgesprochen habe und trotz seiner eifrigen Kriegspropaganda erklärt hatte, daß er nur als Vexier wieder

in den Krieg ziehen würde. Auch die Ausnutzung seiner kaufmännischen Angelegenheiten und die grobe Täuschung der Magdeburger Reichsbahndirektion sah das Gericht als erwiesen an. Trotzdem verurteilte es den Angeklagten, Genossen Thielemann zu 700 M Geldstrafe, während Beleidigungen sozialdemokratischer Minister in Braunschweig bisher mit 50 M bestraft wurden. — Republikanische Richter! laßt, daß es schalle, und zwar einstimmig. Termine aber wird dem „gekniffen“ Kaiser wunderbare Sachen über die Untertanenrechte berichten.“

Kommentar überflüssig!

Von den Wirtschaftskämpfen

Ablehnung des zweiten Schiedspruchs in der Schmalwarenindustrie

Horsheim, 31. Juli. Die Arbeitnehmer haben bei ihrer Abstimmung gestern Abend über den neuesten Schiedspruch diesen mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Ergebnis ist folgendes: Abgelehnt haben 11 073, davon haben 8591 daneben und 2482 dafür gestimmt. Die Landarbeiter haben in manchen Orten geschlossen gegen den Schiedspruch gestimmt.

In einer heute mittag zwischen 11 und 12 Uhr abgehaltenen Sitzung des Arbeitervorstandes wurde über den Schiedspruch abgemittelt, und zwar wurden 431 Stimmen dagegen und nur 40 Stimmen dafür bei zwei Stimmenthaltungen abgegeben. Somit ist auch dieser zweite Schiedspruch gescheitert. Zur weiteren Klärung der Sachlage wird jetzt das Reichsarbeitsministerium angerufen.

Leistungs in der Zigarettenindustrie

Berlin, 31. Juli. In den Zigarettenfabriken Manoli, Enver Beg und Problem ist ein Teil der Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Funktionärversammlung der Arbeitnehmer beschloß, sich mit den Ausständigen solidarisch zu erklären, aber keine Erweiterung des Streikes vorzunehmen. Der Syndikus der Arbeitgeber hat gegen den Vorhaben der Fabrik Manoli Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Strafantrag wegen Tarifverstoßes gestellt und den Tabakarbeiterverband für einen Schaden von 136 000 M rearschuldigt gemacht.

Ründigung der Lohnordnung durch die Bergarbeiterverbände

Essen, 31. Juli. Die Bergarbeiterverbände haben die bestehende Lohnordnung zum 31. August gekündigt; gleichzeitig wird eine Vorkündigung ab 1. September beantragt, deren Begründung demnächst mündlich vorgetragen werden soll. Es wird um baldige Bestätigung des Verhandlungstermins gebeten.

Zum Bauarbeiterstreik

Wie der „Vorwärts“ meldet, haben bisher 250 Berliner Baufirmen Einzelverträge mit den Bauarbeiterorganisationen abgeschlossen. Die Arbeit ist dort bereits wieder aufgenommen worden.

Drohender Eisenbahnerstreik im Saargebiet. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, hat die Regierungskommission in der Lohnforderungen der Eisenbahner abgelehnt. Eine Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat daher beschlossen, der Bahnarbeiterstreik den Streik zu empfehlen. Die Bezirksleitungen werden aufgefordert, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen. — Auch die anderen Eisenbahngewerkschaften werden zu der Lage Stellung nehmen.

Einstweilige Zurückziehung der Kündigung im englischen Bergarbeiterkonflikt

London, 31. Juli. Wie amtlich gemeldet wird, haben die Bergarbeiter entsprechend dem seitigen Vermittlungs-vorschlag Baldwin die Kündigung des bisherigen Lohnabkommens auf die Dauer von 14 Tagen zurückgezogen, damit in der Zwischenzeit die notwendigen Besprechungen über die Verwendung einer zeitweiligen finanziellen Beihilfe seitens der Regierung stattfinden können.

Sie reduzieren noch die Löhne

Köln, 30. Juli. (Ela. Ber.) Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie, Bezirk Mittelrhein, hat in einer Vorstandssitzung zu den gegenwärtig in der feuerfesten Industrie gesallten Lohnläsen Stellung genommen und beschlossen, den Gewerkschaften mitzuteilen, daß ab 1. August die Löhne, die bisher besogen wurden, erheblich reduziert werden. Der Verband der Fabrikarbeiter erhielt von dem Arbeitgeberverband bereits Mitteilung, daß das bestehende Lohnabkommen zum 31. Juli gekündigt ist und daß der Lohn von 56 auf 50 Pfennig pro Stunde reduziert wird. Diese Maßnahme der Arbeitgeber dürfte einen Kampf in der feuerfesten Industrie des Rheinlandes zur Gewissheit werden lassen.

Großfeuer im Wiesental

Wiesental, 31. Juli. Auf bisher noch unauferklärte Weise entstand in der letzten Nacht in der Stallung des Landwirts August Kuch in der Ledergasse Feuer, das rasch sich griff und im ganzen vier Bauernhöfe vollständig in Schutt und Asche legte. Auch der Turm der benachbarten Kapelle wurde von den Flammen ergriffen. Das Vieh konnte gerettet werden, bis auf zwei Ziegen und die wegen der Sperre angehaltenen Hunde. Neun Familien mit 72 Köpfen sind ihrer Habe größtenteils beraubt. Der Schaden ist sehr groß, da nur ein Teil durch Versicherung gedeckt ist.

Kleine badische Chronik

Horsheim. Donnerstag nachmittag ging über die Stadt ein schweres Hagelwetter nieder, wie es in gleicher Stärke die Stadt seit langen Jahren nicht mehr erlebt hat. Es fielen mit großer Gewalt Eiskügel von Bohnengröße bis zur Stärke von kleinen Taubeneiern. Besonders die Nordstadt wurde hart betroffen. Die Straßen waren einige Zeit völlig weis. Der Schaden dürfte besonders an Gartenkulturen nicht unerheblich sein.

Bonn. Aus dem Rhein auf elblicher Seite wurde oberhalb der Ottenheimer Schiffsbrücke an einer Risant die Leiche des an der Hünninger Brücke beim gemeldeten Bootsunglück ertrunkenen Kaiser Sportmannes gefunden.

Rheinweiler. Wie der „Oberheinische Anzeiger“ berichtet, starb der 54 jährige Landwirt Eugen Demann von hier an ganz besonderen Vergiftungserscheinungen, die sich nach Genuß einiger Gläser selbstgezoogenen Weines bei ihm einstellten. Er war auf dem Felde mit seinem Sohne beschäftigt, kante sofort nach dem Trunk über heftiges Kopweh, bekam starkes Erbrechen und war bald darauf tot.

Erlangen. Unter dem Einfluß großer Temperaturschwankungen und Luftdruckstörungen hatte der Schwarzwald am Donnerstag in mehrfacher Folge sehr starke Gewitterbildungen mit ungemein starken Regengüssen zu verzeichnen,

die aber keine Abkühlung brachten. Vielmehr hielt sich die Wärme auf der angenehmen mittleren Höhe. Stellenweise wurde leichte Hagelbildung beobachtet. Die Gewitter und Niederschläge, die in Form von anhaltenden Plazregen starker Art hatten, gehören zu den ausgiebigsten dieses Jahres. Anschließend an die Gewitter trat im Gebirge wieder Aufklärung ein.

Stoßach. Donnerstag mittag ging über die Hohe Gegend ein schweres Gewitter mit Hagelschlag nieder. Durch das Unwetter wurde großer Schaden angerichtet, namentlich auf den Feldern in der Gemarkung Zettenweiler. Dort soll die Ernte bis zu 50-60 Prozent vernichtet sein.

W. B. Wichtigere Veranstaltungen in Baden im Monat August. Baden-Baden: Golfturnier 9.-19. August, Internationale Rennen 21.-30. August; Heidelberg: Schloßbeleuchtungen 9. und 11. August; Karlsruhe: Große Schweizer Kunst-Ausstellung; Konstanz: Internationales Schwimmbest 9. August, Große Stadtbeleuchtung mit Feuerwerk auf dem Bodensee 15. August, Blumentorio auf dem Bodensee 23. August, Gewerbe- und Industrie-Ausstellungen finden statt in Eberbach, Genzsbach, Hornberg und Lörrach.

Schonende Behandlung von Viehschuldungen. Es wird darüber geteilt, daß große Briefe, wertvolle Druckfagen und Zeitschriften sowie Warenproben in beschädigtem Zustande den Empfängern ausgedient werden. Die Beschädigungen sind meist darauf zurückzuführen, daß die Sendungen umgehoben oder gebrochen werden. Mit Rücksicht darauf, daß diese Sendungen oft einen beträchtlichen Wert für den Empfänger darstellen, macht die Reichspostverwaltung den Postbesitzern die schonende Behandlung solcher Sendungen namentlich auch bei der Zustellung von neuem dringend zur Pflicht.

Eröffnung der Ausstellung „Der Zahnarzt“

Unter zahlreicher Beteiligung der Ärzteschaft und der sonstigen Interessenten wurde Freitag vormittag in Gegenwart der Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, der auswärtigen Delegationen der einzelnen Fachverbände, der ausländischen Delegationen, namentlich aus Rußland, der Schweiz und Oesterreich, der Universitäten, der Wohlfahrtskomitees, der hygienischen Verbände, der Sozialversicherungsanstalten, der Krankenkassen, der ärztlichen und zahnärztlichen Standesvertretungen und der Stadtverwaltung die Ausstellung „Der Zahnarzt“ in der Aula der Technischen Hochschule eröffnet. An Stelle des dienstlich verhinderten badischen Staatspräsidenten war Ministerialrat Dr. Frenz erschienen.

Die Eröffnung erfolgte durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Baden des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands, Dr. Gärner-Freiburg, der in seinen Willkommensworten auf die hohe Bedeutung der Zahnheilkunde, die auf das Wohlbefinden des Gesamtorganismus einen erheblichen Einfluß ausübt, hinwies. Er vermaßt damit den Wunsch, daß die Erkenntnis über den hohen Wert eines gesunden Gebisses in weitesten Volkskreisen bahndurchend wirken möge.

Nach Ueberbringung der Glückwünsche seitens der verschiedenen Delegierten des In- und Auslandes wurden eine Reihe von sachwissenschaftlichen Vorträgen gehalten. Im Namen der Zahnkammer sprach Dr. Schiller-Zürich über die Zahnheilkunde, Dr. Kohn, Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees für Zahnheilkunde in den Schulen, als Vertreter der ärztlichen Landesverbände für Baden über die Kooperation der badischen Zahnheilkunde mit den Zahnärzten, Prof. Dr. Dieck über einen Rückblick über die Entwicklung der Zahnheilkunde in den letzten 100 Jahren. Universitäts-Professor Dr. Schroeder-Berlin referierte über den Fortschritt der Zahnheilkunde und wies speziell darauf hin, daß eine vorzügliche Ausbildung für den Zahnarzt das Hauptfordernis sei. Weiter sprachen Sanitätsrat Dr. Bernert als Vertreter des Reichsausschusses für hygienische Volksheilkunde, Ministerialdirektor Dr. Dietrich vom Preussischen Wohlfahrtsministerium über die wichtigsten Fragen der Gesundheitspflege und der sozialen Kulturhygiene, die bis ins kleinste Dorf dringen möchte, Johann Univ.-Prof. Dr. Doss-Frankfurt a. M. über Parodontenforschung, wobei er die Mitarbeit der staatlichen Behörden als erforderlich in den Vordergrund rückte. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und unter Abfinden des Deutschlandliedes erklärte der Vorsitzende die Ausstellung, zu der sich rund 700 Vertreter eingefunden hatten, für eröffnet. An die Eröffnungserleichterung schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an.

Die Ausstellung gibt einen außerordentlich guten Überblick über alle Gebiete der zahnärztlichen Wissenschaft und verdient besonders deshalb Interesse, weil nicht nur zahlreiche deutsche, sondern auch ausländische Zahnärzte zum ersten Male nach dem Kriege teilhaft sind. Die zahnärztlichen Zahnärzte haben zum Beispiel ein Panillon von der Hygiene-Ausstellung Wien nach Karlsruhe überführen lassen, um auch auf diesem Gebiet die Solidarität mit Deutschland zu beweisen.

Ein Gong durch die Ausstellung führt den Besucher in die kulturhistorische Abteilung, die die ältesten zahnärztlichen Bücher in deutscher Sprache, zahlreiche deutsche Kunstwerke und Lithographien zeigt. In den Vorkraum zurückgeführt, finden wir dort die Entwicklung des Menschen und zahlreiche anatomische und pathologische Präparate. Beim weiteren Rundgang gelangt man in die Wanderausstellung des deutschen Zentralkomitees für Schulzahnheilkunde, die mit ihrem Material einbildlich zur Pflege der Zähne von Jugend an mahnt. Des weiteren gelangt man zur Sonderausstellung des Deutschen Hygienemuseums Dresden und zur Abteilung „Saute und Geschlechtskrankheiten“.

Auch die zahnärztliche Orthopädie, die Zahnheilkunde, die Licht- und Wärmetherapie und die Tätigkeit des Zahnarztes im Felde sind zur Darstellung gebracht worden. Die Schädlung der Mundhöhle durch die verschiedensten Verufe und die soziale Tätigkeit des Zahnarztes wurden nicht vernachlässigt. Die Ausstellung ist bis zum 8. August täglich von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet. Wir können nur empfehlen, den Besuch nicht zu veräumen.

Briefkasten der Redaktion

M. G. B. 500. Nach § 547 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind Sie berechtigt, die auf Ihre Kosten gelegte elektrische Leitung in Ihrer Wohnung zu entfernen. Sie sind aber verpflichtet, die Spulen und Schrauben, die durch das Ziehen der Leitung entstanden sind, wieder auszuwechseln. Unter Umständen entspricht es sich, dem Vermieter die Einrichtung gegen eine angemessene Entschädigung zu überlassen. Falls abendliche Lage aus Rinselern können Sie nach Wegzug entfernen, doch müssen Sie auch hier die Schäden, die durch Hagelung usw. entstanden sind, wieder ausbessern.

Nach Schluffendach. Am 18. November 1923 war 1 Billion Papiermark = 100 Goldmark; also waren 100 Millionen Papiermark = 1/1000000 Pfennig.

Der Notetat im Reichstag angenommen

Die Aufbesserungsvorlage der Beamten abgelehnt — Ebenso ein sozialdemokratischer Antrag auf eine einmalige Beihilfe

Berlin, 31. Juli. Am Freitag berieten die Regierungsparteien den ganzen Tag, um ein Programm zu finden, das die Opposition der Sozialdemokratie abwimmelt, ohne von einer Vergewaltigung der Rechten sprechen zu können. Die Herrschaften lassen sich nun auch herbei, mit Führern der Sozialdemokratie über die Fragen zu verhandeln. Unser Standpunkt ist aber klar. Wir treiben keine Obstruktion, lassen uns aber das Recht nicht nehmen, vor dem ganzen Lande unsere Meinung zu Geheßorlagen auszusprechen, die eine Milliardenbelastung für die Massen bedeutet und die außergewöhnlich tief in das Wirtschaftsleben und die Finanzen eingreift. Es scheint, daß bei den Besprechungen nichts wesentliches herausgekommen ist, obwohl einzelne Zeitungen der Rechten in ihrer Freitagabendausgabe wiederum mit Gewaltstreichen gegen die Linke drohen.

Das Haus trat in die Beratung des Etats ein, der bis Ende November notdürftig ist, weil der ordentliche Etat nicht ausreicht. Der sozialdem. Abg. Bender nahm die Gelegenheit des Etats wahr, um eine eindrucksvolle Rede zugunsten der unteren und mittleren Beamten zu halten. Er bereitete den Regierungsparteien eine unangenehme Stunde. Anträge für Anträge zog er hervor, die die Regierungsparteien unmitteibar nach den Wahlen im neuen Reichstag gestellt hätten, angeblich um den Beamten zu helfen. Inzwischen ist durch die fortschreitende Teuerung, die Lage der Staats- und Reichsarbeiter, sowie der Angestellten noch trostloser geworden, aber keine der Regierungsparteien hält nun zu einem ihrer damaligen Anträge.

Die Regierungsparteien ohne Ausnahme, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum, hatten kein Wort der Erwiderung, nur der Reichsfinanzminister v. Schlieffen erhob sich, um darzulegen, daß die leidenden Finanzen unter keinen Umständen eine Aufbesserung der Beamtengehälter, auch keine einmalige Beihilfe, zulassen.

Man würde mehr Verständnis für diese Gründe haben, wenn nicht immer dort, wo es sich um unbemittelte Schichten des Volkes handelt, halt gemacht würde. Sobald aber ein Ansturm von den Kapitalisten erfolgt, kapituliert regelmäßig auch der Reichsfinanzminister. Dabei ereignete sich eine kleine Senation. Als der Kommunist Söder ein vertrauliches Rundschreiben der deutschen nationalen Reichstagsfraktion in der deutschnationalen Presse verlas, da zeigte es sich, daß die deutschnationalen Führer ihre Presse im Grunde anweisen, die Sicherheitspolitik möglichst zu vertuschen und den deutschnationalen Journalisten vor allem zu verbieten, auch nur ein Wort darüber zu veröffentlichen, daß die Deutschnationalen de facto freiwillig auf Elßaß-Lothringen verzichtet haben.

In namentlicher Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Zuschlages auf die Grundbesitzer abgelehnt. Auch unser Antrag auf eine einmalige Beihilfe.

Die Reichsregierung und die Regierungsmehrheit des Reichstags haben sich also mit neuem Ruhm bedeckt. Sie haben wirklich den Mut und die Stille, die Aufbesserungsvorlage der Beamten, angesichts der immer weiterwuchernden Teuerung und Not durch einen Zuschlag zum Grundbesitz von 12½ auf 20 Proz. glatt unter den Tisch fallen zu lassen. Mit der Erledigung des Notetats sind sämtliche Anträge zugunsten der Beamten niedergeworfen.

Die unteren Beamten sind also, wie wir vorausgesehen haben, in einer geradezu unerhörten und schamlosen Weise betrogen und belogen worden.

Sitzungsbericht

Berlin, 31. Juli 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Abg. Dillmann (Soz.) an die Regierungsparteien die Frage, ob sie tatsächlich die Absicht haben, auch am Sonntag eine Sitzung abzuhalten.

Abg. Graf Westarp (D.N.) antwortete, er würde es zwar für zweckmäßig halten, eine Sitzung abzuhalten, verzichte aber auf einen Antrag in dieser Richtung, weil er dazu doch keine Mehrheit finden würde.

Abg. v. Guesard (Ztr.) erklärte: Das Zentrum wisse nichts von der Absicht, am Sonntag eine Sitzung abzuhalten. Der Antrag wird in die Tagesordnung eingetragen. Der Ausschussauschuß beantragt, den Notetat für 1925, der schon bis zum 8. August verlängert werden soll, eventuell bis zum 30. November zu verlängern, wenn bis dahin der normale Etat nicht erledigt ist.

Abg. Bender (Soz.) erklärte, seine Freunde seien mit der Verlängerung bis zum 8. August einverstanden, müßten aber eine Verlängerung bis zum 30. November ablehnen. Der Redner bezeichnet eine schnelle Erhöhung der Beamtengehälter, besonders der unteren Gruppen für dringend notwendig, während namentlich die Regierungsparteien im Januar noch mit starken Worten von der Notwendigkeit der Erhöhung sprachen, haben sie sich mittlerweile verhalten, als die Regierung dann mit einer ganz unzutreffenden Begründung die Befolgsbefreiung glatt abgelehnt. Ganz falsch sei auch der vom Reichsfinanzminister in der Denkschrift vertretene Standpunkt, daß eine Erhöhung der Gehälter und Gehälter eine weitere Preissteigerung zur Folge haben würde. Tatsächlich seien die Löhne in Deutschland weit niedriger als im Ausland. Die Regierung hätte zugegeben, daß alle ihre Versuche zur Preisentung vergebens waren. Sie empfehle deshalb den Beamten den Anschluß an Konsumvereine. (Hört, hört!) Dieselbe Regierung, die die kümmerlichsten Gehälter der unteren Beamten nicht erhöhen will, weil sonst eine Preissteigerung eintreten könnte, erhöht selbst die Preise durch den lächerlichen Zolltarif. Der Finanzminister hat 180 Millionen zurückgestellt zur Ermöglichung der vierteljährlichen Gehaltsauszahlungen an die Beamten. Den Beamten sei vielmehr damit gedient, wenn diese Summen sofort zur Aufbesserung der ganz unzulänglichen Bezüge verwendet würden.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Der Redner spricht schließlich der Regierung und den Regierungsparteien den guten Willen ab, der Not der Beamtengehälter zu steuern. (Beifall bei den Soz.)

Reichsfinanzminister v. Schlieffen:

Der Beamtenbesoldung gilt das größte Interesse der Reichsregierung. (Rufe links: Davon merkt man aber nichts.) Ich habe immer soles Verständnis gezeigt. Es wäre mir auch hier viel lieber, wenn ich den Beamtenwünschen Rechnung tragen könnte. Wir verstehen nicht die Notlage der Beamtengehälter und auch nicht die Tatsache, daß gewisse Beamtengruppen sich schwere Entbehrungen auferlegen müssen. Zuerst lassen sie aber leider die Bedürfnisse nicht zu, im Augenblick eine Milderung der schweren wirtschaftlichen Belastung des Reichsstaats läßt eine Verbessehung nicht zu. Die Ueberbrücke des Vorjahres können unmöglich zu einer laufenden Mehrausgabe benutzt werden, weil wir nicht wissen, ob diese Ueberbrücke wiederkehren. (Abg. Steintopf (Soz.): So geben Sie wenigstens eine einmalige Beihilfe.) Eine solche allgemeine Beihilfe wird allgemein als unerwünscht bezeichnet. Wir müssen auch Rücksicht nehmen auf die sehr schwierige Finanzlage der Länder und Gemeinden, die heute nicht mehr in der Lage wären, eine vom Reich verordnete allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter mitzumachen.

Mit größter Sorge erfüllt uns die schwierige Lage der Reichsbahn. Wir würden mit einer Aufbesserung der Beamtengehälter die Gefahr einer weiteren Tarifserhöhung heraufbeschwören, die wiederum der Wirtschaft schweren Schaden zufügen würde. Wenn wir aber die Wirtschaft nicht wieder in die Höhe kommen lassen, dann heißt das „finis Germania!“ Im Augenblick ist es leider zu meinem eigenen größten Bedauern nicht möglich, für die Beamten etwas zu tun. Ich hoffe aber, daß sich die Finanzverhältnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden so entwickeln werden, daß in nicht allzu ferner Zeit die Lage der Beamten verbessert werden kann. Es handelt sich also darum, daß die Beamten noch einige Zeit aushalten. Ich weiß, daß das den Beamten nicht leicht fällt. Aber auch sie werden einsehen, daß es jetzt die wichtigste Aufgabe ist, erst wieder einmal eine ordnungsmäßige Etatwirtschaft durchzuführen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. Dietrich-Baden (D.) lehnt die vom Ausschuss beantragte Verlängerung des Etats bis zum 30. November ab. Eine Ermächtigung auf so lange Zeit könne das Parlament einer Regierung nicht geben, wenn es nicht sein wichtigstes Kontrollrecht, das Einrecht, vergebens mache. Die Demokraten würden natürlichfalls eine Verlängerung des Notetats bis zum 15. August aufstufen.

Abg. Becker (K.) erklärt, die Kommunisten würden die Bewilligung des Etats ablehnen. Sie begen das schärfste Mißtrauen gegenüber der Regierung, die die Beauftragten Bruns und des internationalen Finanzkapitals sei. (Beifall bei den Kommunisten.) Der Redner kritisiert dann die Haltung der Regierungsparteien und behauptet, deren Abgeordnete gäben sich während der Verhandlungen absollösigen Genüssen hin.

Von der Rechten wird gegen diese Ausführungen erregt protestiert.

Vizepräsident Dr. Well ersucht den Redner, zum Notetat zu sprechen. Es kommt aber zu erregten Szenen, weil die Kommunisten lärmend Ordnungsruufe gegen Abgeordnete der Rechten verlangen, die angeblich „Lüner“ gerufen haben. Vizepräsident Dr. Well erteilt einigen Kommunisten, die „leichte Bande“ gerufen haben, Ordnungsruufe.

Abg. Graf zu Reventlow (Wst.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers. Als er auf die Barnatschäre zu sprechen kommt, ruft Abg. Bernheim (Soz.) in großer Erregung: „Angehöriger Lüner.“ Der Abg. Bernheim erhebt einen Ordnungsruuf und wird dringend zur Ruhe gemahnt, als er nochmals erregt ruft: Die ganze Barnatschäre ist eine politische Mache!

Der Redner empfindet eine Enttäuschung, die die Regierung erludt, dafür Sorge zu tragen, daß der Außenminister alle weiteren Besprechungen und Verhandlungen wegen des Sicherheitspaktes und des Eintritts des Deutschen Reiches in den Völkerverbund nur unter lauter Kenntnisnahme und mit Zustimmung des Kabinetts und des Auswärtigen Ausschusses führt. In der Vereinbarung führt der Redner aus, der Außenminister habe, wie die Geschichte des Memorandums beweise, eigenmächtig und heimlich politische Wege eingeschlagen und Situationen geschaffen, um die Reichspolitik von vornherein festzulegen. Unter dem Sicherheitspakt werde Deutschland zum Eunuchen des schwarzblauen Weltgewissens. (Gestört links.) Der Redner beantragt in einer weiteren Entschließung, daß die Reichsregierung ihr Aufsichtsrecht über die preussische Justiz ausüben möge, um zu verhindern, daß öffentliche Großsprecher der Strafvollstreckung entgegen und dafür pflichttreue Beamte verstoßt werden. (Geschäft links.)

Abg. Gerna (Ztr.) stellt als Berichterhalter des Ausschusses fest, daß der völkische Antrag zum Notetat nicht gehe. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die völkischen Anträge demnächst besonders zu beraten.

Abg. Schudt (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers zur Beamtenbesoldungsfrage. Eine weitere Erhöhung der Beamtengehälter würde die Aufbesserung für die Beamten müßte zur schwersten Gefährdung der Dienstfähigkeit der Beamten führen. Die Verantwortung dafür bleibe allein den Regierungsparteien überlassen.

Abg. Söder (K.) verliest unter lautem Sörg! Sörg!-Rufen der Kommunisten vertrauliche Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei zur Besoldung der Deutschen Antwortnote. Die Richtlinien sind datiert vom 20. 7. Sie bestimmen zunächst: Der Streit um die Anordnungen im Deutschen Reich und ihre Entstehungsgeschichte und die Kommissarische und Verantwortung des Kabinetts und der Deutschnationalen ist zweckmäßig beizulegen. Ebenso ist ein Streit darüber, ob die letzte Note im Grundgedanken die Anregungen vom Februar festhält, möglichst zu vermeiden. Tatsächlich bestehen wichtige Unterschiede, die aber nur in der Deutlichkeit besprochen werden sollten. An einer anderen Stelle der Richtlinien heißt es: Ueber einen etwaigen Verzicht auf Elßaß-Lothringen ist auch auf Anordnungen im gegenwärtigen Augenblick möglichst nicht zu debattieren. (Lauter, hört, hört! und Geschäft links.)

Abg. Graf Westarp (D.N.): Herr Söder hätte sich die Mühe sparen können, dieses sogenannte Dokument aus einer Redaktion hehlen zu lassen (Unruhe) und hier zu verlesen. Er hätte nur auf meine letzte Reichstagsrede achten sollen, in der ich diese Richtlinien durchaus herabwürdigend habe. (Geisterst.)

Damit schließt die Aussprache. Der Notetat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Dazu gehört auch eine Bestimmung, die den Reichsfinanzminister ermächtigt, den Beamten einen Zuschlag zum Grundbesitz zu erteilen, der in den Besoldungsgruppen 1-6 12½ Proz. in den übrigen Gruppen 10 Prozent betragen soll.

Ein sozialdem. Änderungsantrag, wonach der Zuschlag in den Gruppen 1-7 20 Proz. betragen soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 173 Stimmen bei vier Enthaltungen unter Beiräten der Linken abgelehnt. Abgelehnt wird auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 Mark für die Beamten der Gruppen 1-7.

Abg. Steintopf (Soz.): Mit der Ablehnung unserer Anträge haben die Regierungsparteien gezeigt, daß sie den Beamten nicht helfen wollen, und daß ihre eigenen Anträge nur Demagogie waren. (Präsident Loebe rügt den Ausdruck.) Während man der von der Regierung anerkannten schweren Notlage großer Beamtengehälter angeblich aus Geldmangel nicht abhelfen kann, haben dieselben Regierungsparteien die vielen Millionen übrig für die in auskömmlichen Stellen befindlichen höheren pensionierten Beamten und Offiziere, deren Pensionierung sie abgelehnt haben. Die ganze Beamtengehälter ist durch diese Regierungsparteien verraten und verkauft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bei den nun folgenden Abstimmungen werden die Erhöhungen der Rüstungen zur Außenpolitik und zur vrenthilfen der zweiten Lesung auch in dritter Lesung endgültig angenommen. Hierauf wird die zweite Beratung der Vermögenssteuer fortgesetzt.

Dabei begründeten die Abg. Ströbel (Soz.), Frau Dr. Lüders (D.) und Sölllein (K.) Änderungsanträge ihrer Parteien.

Der Antrag der Frau Dr. Lüders (D.) betrifft den § 8. Die Vorlage will hier Vermögenssteuer nicht erheben, sofern bei einem Vermögen von höchstens 30 000 M. und einem Jahreseinkommen von höchstens 3000 M. der Ehemann über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist. Frau Dr. Lüders beantragt, diese Begünstigung auch der Ehefrau zuzusprechen, wenn diese regelmäßig mitverwerbsfähig oder hausverwerbsfähig ist.

Der Antrag der Frau Dr. Lüders (D.) zum § 8 wird mit einer formalen Änderung angenommen. Im übrigen wird die Vermögenssteuer unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschlußfassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Erbschaftsteuer.

Abg. Sauppe (Soz.) tritt für die Anträge seiner Partei ein, die eine wesentlich stärkere steuerliche Erfassung der Erbschaften verlangen, als sie die Vorlage vorschlägt. Der Redner sticht zum Vergleich die weit höheren Sätze der englischen Erbschaftsteuer heran.

Abg. Hädel (Komm.) bezeichnet gleichfalls die in der Vorlage vorgeschlagenen Sätze der Erbschaftsteuer als ganz unzureichend.

Abg. Vorlauber (D.N.): Die Regierung sollte sofort nach Durchführung der neuen Steuern eine umfassende Vermögens-, Einkommens- und Steuerstatistik aufmachen. Dann würde die Statistik, die sich auf den Vergleich mit England stützt, elend zusammenbrechen. In vielen Fällen könne vom Immobilienbesitz die veranlagte Erbschaftsteuer gar nicht bezahlt werden. Darum ist die letzte Finanzreform zu begrüßen.

Ein Regierungsveterer erklärt, die Regierung werde den Wünschen auf Herausgabe einer Statistik entsprechen.

Abg. Sander (Soz.) richtet gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie durch die Ablehnung der vollen Besteuerung des Gattenerbes auf die Geldmittel verzichte, mit denen sie der Not der schlecht bezahlten Beamten steuern könne. Es sei ein Schlag ins Gesicht des Gerechtigkeitsgefühls gewesen, daß von der Erbschaft Steuere, des reichsten Mannes Deutschlands, das Reich nicht einen Pfennig Steuer erhalten habe.

Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Wiedereinführung der Nachtragssteuer werden abgelehnt.

Nach Ablehnung der weiteren Änderungsanträge wird die Ausschlußfassung der Vorlage in zweiter Lesung angenommen. Es folgt die

zweite Beratung des Reichsbewertungsgesetzes.

In der allgemeinen Aussprache weist Abg. Reil (Soz.) auf die bekannte Denkschrift hin, in der die bayerische Regierung die Steuerhoheit des Reiches zugunsten der Länder erheblich einschränken wollte. Die Deutschnationalen hätten diese sehr bedenklichen partikularistischen Bestrebungen unterstützt bis zu dem Augenblick, wo sie Regierungspartei wurden. Sie haben in dieser Frage genau so gehandelt wie in der Frage der Erfüllungspolitik. Das Gesetz, das ganz den Grundgedanken der alten sozialdemokratischen Politik entspricht, begrüßen wir. Einige Fehler müssen freilich in der Vorlage korrigiert werden.

Staatssekretär Boyh erklärt, die Finanzverwaltung werde die von dem Vorredner angeführten Stellen nachprüfen. Die Regierung werde sich bei der Ausführung der Vorlage bemühen, einen Wert herauszubekommen, der den allgemeinen Anschauungen entspreche. Es werde eine Spezialbewertung vorgenommen, die auch in vielen Fällen zu einer höheren Bewertung führen werde.

Abg. Hoenke (Komm.) ist im Grundprinzip mit dem Gesetz einverstanden, hat aber an den Einzelbestimmungen viele Ausstellungen zu machen.

Abg. Roenen (Komm.) beantragt die Bewertung nach dem gemeinen Werte.

Abg. Rufow (Soz.) begründet sozialdemokratische Anträge in gleicher Richtung.

Abg. Rönneburg (Dem.) hält den Zeitpunkt für die Bestrebungen nach dem gemeinen Werte noch nicht für gekommen. Damit schließt die Aussprache. Präsident Loebe teilt dem Hause mit, daß in der Presse Mitteilungen erschienen seien, die die Mehrheit bestimmter Parteien des übertriebenen Alkoholgenusses bezichtigt hätten. Die namhaft gemachten Abgeordneten würden Strafantrag stellen. (Beifall rechts.) Er (der Präsident) hätte die Pflicht, im Interesse der Würde des Hauses gegen die ungläublichen Uebertreibungen in der Presse Protest zu erheben. (Beifall rechts und Zurufe: Lüger!)

In der dann vorgenommenen zurückgestellten namentlichen Abstimmung über den zum Erbschaftsteuergesetz von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, der gewisse Erleichterungen für Hinterbliebene von Kriegsoffizieren vorschlägt, teilt Präsident Loebe dem Hause mit, daß er die Bestimmung des Abstimmungsresultats ansehen werde, weil 20 kommunistische Abgeordnete, die sich an den Beschlussesfeierlichkeiten des verstorbenen Abgeordneten Eichhorn beteiligten, wegen Abberungen verhindert seien, ick das Reichstagsgebäude zu erreichen, um sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Nach 10 Uhr sind die Kommunisten zur Abstimmung im Saale erschienen. Das Resultat der Abstimmung ist die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit 261 gegen 137 Stimmen.

Hierauf verlas das Haus die Weiterberatung der Bewertungs- und die Beratung der anderen Steuer Gesetze auf Samstag 10 Uhr vormittags.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Ja, da ist ja ein Unterschied!“ sagte Kalle und sah die Kinder zärtlich an. „Es muß wohl daher kommen, daß Anna ihr Kind von jungen Eltern stammt — unser Blut fängt schon an, alt zu werden. Und den werden ja die immer am besten, die so zufällig gemacht werden — wie zum Beispiel unser Albert; der hat 'ne ganz andere Haltung als die anderen. Weißt du übrigens, daß er vom Frühling an sein eigenes Schiff fahren soll?“

„Das kann doch wohl nicht wahr sein! Soll' er es wirklich schon zum Kapitän gebracht haben?“ Rasse war nahe daran, vor Verwunderung hintenüber zu fallen.

„Kongstrup soll dahinterstehen — so ganz im Geheimen natürlich.“

„Schildt Anna ihr Kindsvater noch immer, was er begehren muß?“ fragte Rasse.

„Ja, er ist ganz tiell. Wir kriegen unsere fünf Kronen jeden Monat für das Kind — das ist ja 'ne gute Hilfe für die Ausgaben.“

Marie ging hin und her und stellte Schnaps, Brot und eine Schale mit Schmalz auf den Tisch. „Langet zu und esst!“ sagte sie.

„Ihr hattet gut aus auf Steinbof,“ sagte Kalle, als sie sich an den Tisch setzten. „Wollt ihr euer ganzes Leben verleben?“ Er blinzelte dem Bruder schelmisch zu.

„Es ist keine so leichte Sach', sich in das Ungewisse zu wagen!“ antwortete Rasse, sich in das Ungewisse zu wagen.“

„Na, nu hör' man wohl bald Neues von euch,“ fiel Marie ein. „Das Ehebett lockt wohl!“

Rasse antwortete nicht, er mühte sich mit einer Kruste ab. „Aber so schneid' doch die Kruste ab, wenn es mit den Zähnen schlecht bestellt ist!“ eiferte Marie. Jeden Augenblick lauflacht sie an der Tür der Mutter. „Du hat sie doch noch Schlaf in die Augen getrieben, die arme Alte,“ sagte sie.

Kalle tat so, als entdeckte er die Falsteife erst jetzt. „Ne, wir haben ja Wein auf 'm Tisch — daß das keine von uns hat riechen können,“ rief er aus und schenkte ihnen zum drittenmal ein. Da schlug Marie den Korzen in die Falsteife. „Gönnt du uns nun nich' mal mehr das Essen?“

„Ist er und ich sie mit großen Augen an — der verteuerte Schein! Und Marie glökte ihm mit ebenso großen Augen an und sagte: „Buh! woll'n wir uns stößen?“ Rasse sah da und sah sich ganz warm in ihrem Gesicht.

„Was macht denn der Steinbof? Du is er wohl bald über das Schlimmste weg?“ fragte Rasse.

„Ja, nu is er wohl so weit Mensch, wie er wieder werden kann. So was drückt einem Mann ja seinen Stempel auf,“ sagte Rasse. Marie stand da und lachte; sobald sie sie an- sahen, schlug sie die Augen nieder.

„Du lachst, du!“ sagte Rasse. „Ich finde, es ist sehr traurig!“ Da konnte Marie sich nicht mehr halten, sie mußte in die Küche hinausgehen und sich auslachen.

„So greinen die Frauenleute überall, sobald bloß sein Name genannt wird,“ sagte Rasse. „Das ist ja ein trauriger Mensch!“ — heute rot, morgen tot. Na, das hat sie doch wenigstens erreicht, daß sie ihn für sich behält — auf eine Weise. Aber daß er danach noch mit ihr zusammenleben kann!“

„Und dabei scheinen sie so verliebt ineinander zu sein, wie kein Mensch früher gesehen hat — den er kann keine Minute ohne sie sein. Aber natürlich — nu fände er wohl auch keine andere, die ihm ihre Liebe schenkte! Es ist doch ein unbegreiflicher Teufelstrich, diese Sache. Na, ja, nun müssen wir wohl leben, daß wir zu Hause kommen!“

„Ja, denn schid' ich Bescheid, wenn sie in die Erde soll!“ sagte Rasse, als sie dranken vor dem Hause standen.

„Ja, tu du das. Und sollst du beim Begräbnis um ein Zahnkronenstück zu kurz kommen, so las' es man! Na, denn was!“

XXII.

Noch immer stand Großmüllers Begräbnis wie ein heller Schein hinter allem, was man dachte und unternahm; es war damit wie mit gewissen Speisen, die einen angenehmen Nachgeschmack im Munde hinterlassen, lange nachdem sie schon verzehrt sind. Kalle hatte aber auch alles aufgegeben, um einen festlichen Tag daraus zu machen; da war ein Ueberfluß an Essen und Trinken, und seine drohlichen Einfälle wollten kein Ende nehmen. Und ein feiner Schein, wie er war, hatte er einen Vorwand gefunden, um Madam Olsen mitzubringen — das war eine hübsche Art und Weise, das Verhältnis anzufrischen.

Für Rasse und Pelle war da genug, um einen ganzen Monat darüber zu reden; und nachdem es ausgesprochen war, und anderem hatte Platz machen müssen, blieb es doch da niemand so recht wußte, woher es eigentlich kam.

Aber nun rückte der Frühling heran, und mit ihm kamen die Sorgen, die alles verfinsterten — auch wenn man nicht daran dachte. Pelle sollte zu Ostern konfirmiert werden, und Kalle mußte nicht ein noch aus, wie er ihm alles das bezahlen sollte, was dazu gehörte: einen neuen Anzug, einen neuen Hut, neue Schuhe! Der Junge sprach oft davon, er war offenbar dange, daß er in der Kirche zum Gespött für die anderen werden würde.

„Na, das wird sich schon alles ordnen!“ sagte Rasse, sah aber nicht den entferntesten Ausweg. Auf den gewöhnlichen Wegen, wo noch die gute alte Sitte herrschte, sorgte die Herrschaft für das Ganze. Aber hier war alles so verdammt neu, mit baren Geld, das einem zwischen den Fingern flüchtete. Hundert Kronen lohnen erschien ja wie eine erschreckliche Summe, wenn man sie sich auf einem Bied dachte. Aber es wurde nur leiser allmählich aufgenommen, Ders für Ders, sagte man den Finger in den Augen und jaagte: „Du hast du was Erklärliches gekriegt!“ — „Ja, ja, ich wird sich schon alles ordnen!“ sagte Rasse laut, wenn er in die verzweifeltsten Spekulationen hineinverwirrt hatte; und damit herbeizog sich Pelle dann. Es gab nur einen Ausweg: das Geld von Madam Olsen zu leihen, und zu diesem Zweck mußte sich Rasse beeilen, so ungern er es auch tat. Aber Pelle durfte nichts davon wissen.

Rasse sträubte sich so lange wie möglich dagegen und hoffte, es würde irgend etwas geschehen und ihn vor der Schande bewahren, seine Braut um ein Darlehen bitten zu müssen. Aber es geschah nichts, und die Zeit verging. Eines Morgens sah er dann einen schnellen Entschluß, als Pelle da stand, um zur Schule zu gehen. „Wißt du nich' hinlaufen und Madam Olsen dies geben,“ sagte er und reichte dem Jungen ein Paket. „Das ist etwas, was sie für uns in Ordnung bringen will.“ Inwendig auf dem Papier stand das große Kreuz, das Rasses Kommen für diesen Abend meldete.

Von oben von den Dächern herab sah Pelle, daß das Eis in der Nacht aufgegangen war. Fast einen Monat hatte es nun die Nacht als rauhe, die Masse angefüllt, auf der man sich ebenso sicher tummelte wie auf dem festen Lande. Das war eine neue Seite an dem Wesen des Meeres, und zum großen Ergötzen der anderen hatte Pelle mit den Schnauzen seiner Holzschuhe vorsichtig tastend gerührt. Später lernte er es, sich frei auf dem Eise zu bewegen, ohne bei dem Gedanken zu schauern, daß die großen Fische des Meeres dicht unter seine Holzschuhe schwammen und vielleicht nur darauf warteten, daß er hindurchplumpste würde. Jeden Tag machte er einen Ausflug hinüber nach dem hohen Wall aus Padeis, der eine Viertelmeile weit da draußen die Grenze bildete, hinter der das offene Meer lag und im Sonnenschein wie ein grünes Auge schimmerte. Er ging da hinaus, weil er nun einmal nicht hinter den anderen zurücktreten wollte. Aber ganz sicher fühlte er sich dem Meere gegenüber niemals.

Nun befand sich das Ganze im Aufbruch. Die Nacht war voll von wiesenden Eischollen, die sich rasend aneinander rieben; die äußersten Eischollen mit Bruchstücken von dem Wall waren schon auf der Wanderung ins Meer hinaus geschritten. Pelle hatte da drüben viele Verdätnisse ausgeführt, war aber im Grunde ganz froh darüber, daß das Ganze jetzt aufnahmepunkte und von dannen zog, — so daß es wieder eine ehrliche Sache war, an Land zu bleiben.

(Fortsetzung folgt.)

Die spanische Fremdenlegion

Von einem Delektur der spanischen Fremdenlegion, der dieser Tage in Berlin eintrat, erhalten wir auf Wunsch folgende Darstellung der Verhältnisse in der Fremdenlegion. Die Red.

Die spanische Fremdenlegion hat ihre Werbungen nach dem Krieg in erster Linie in Deutschland in größtem Umfang aufgenommen. Während vor dem Krieg nur ein geringer Prozentsatz nichtspanischer Europäer der Legion Rekrutenmaterial lieferte, sind durch die Nachkriegsverhältnisse in Zentral- und Ost-Europa eine große Zahl von Angehörigen jener Schichten zugeführt worden, die vor dem Krieg gar keinen oder nur einen verschwindenden Prozentsatz zur Kontingierung dieser fragwürdigen Armee geliefert hatten.

So sind in den Jahren 1920 bis 1924 mehr als 2000 Deutsche in die spanische Fremdenlegion eingetreten, in der Mehrzahl Angehörige des Handwerker- und Arbeiterstandes sowie Arbeitslose aller Kategorien. Man verpflichtete sie offiziell als Handwerker für die spanische Zivilverwaltung in Marokko oder man stellte ihnen eine Tätigkeit als Hilfspolizist in den marokkanischen Küstenstädten an.

Bei der Ankunft in Zeniza oder Manilla wurde ihnen dann meist kurzweilig erklärt, daß sie sich zum Eintritt in die spanische Fremdenlegion bereit zu halten und einen Kontrakt auf fünfjährige Tropendienstzeit auszufüllen hätten. Viele hüteten sich, da sie keinen Ausweg sahen, in ihr Schicksal nicht zurück, bis die Unterschrift erreicht war. Jeder Verzebr Kontrakt wurde unumgänglich gemacht, das „Freiwilligen“-Schlimmer als die gemeinsten Verbrechen gefangen gehalten wurden. Gatten sie dann endlich ihre Zustimmung gegeben, so wurden sie eingekerkert, einige Wochen lang durch Ketten- und Fesseln in der Region nordwärts einhergeführt und dann sofort in die Feuerlinie geschickt. Man brachte sie dort dringend, denn der marokkanische Kolonialkrieg fröh unheimlich viel Truppenmaterial.

20 000 Mann fielen allein bei der großen Niederlage von Annuat im Jahre 1922 und über 30 000 Tote und Verwundete haben die letzten Kämpfe von Schemschau und Melilla gekostet. Den Hauptanteil an diesen Verlusten hat hierbei die Fremdenlegion getragen. Von 1500 Deutschen die im August 1924 noch in der Legion waren, sind heute nur noch etwa 200 am Leben. Der Rest ist tot, verstümmelt, gelammet; eine kleine Zahl hat fliehen können. Auch für diese Zweihundert wird es keine Rettung geben, wenn ihnen nicht von außen her die öffentliche Meinung Europas die Tore ihres Gefängnisses öffnet.

Die unersetzten Zustände in der Fremdenlegion verdienen eine gründliche Brandmarkung in den modernen Kulturkationen. Die Legionäre haben neben den Strapazen eines unerbittlichen, grausamen Krieges eine geradezu furchterliche Behandlung zu erdulden, sowie eine Ernährungs- und bürnlichster Art, kurz ein Leben unter Verhältnissen, wie man sie nur aus der Geschichte der antiken Sklaverei oder des spanischen Mittelalters in Südamerika kennt. Die Verpflegung besteht durchschnittlich aus einer Pfunddose Delfarbinen für drei Mann und einem halben Pfund Brot, dazu einige Tomaten und Aubeln, außerdem täglich einen Becher schlechten schwarzen Wein. Das Essen ist durchweg ranzig, verdorben, voller Würmer und Maden, das Mehl ist schwarz wie Kleie und das Brot ungenießbar. Dazu wird dieses Zeug von arabischen Köchen, die vor Schmutz nur so starren und von moderner Hygiene natürlich keine Ahnung haben, zubereitet.

Die sanitären Verhältnisse sind geradezu un-gedauerlich. Medikamente sind nur in ungenügender Zahl und in schlechtester Qualität vorhanden, achte Hezate fehlen überall. Sämtliche Soldaten sind überfüllt und der Schmutz strahlt aus allen Ecken der Kasernen. Fieberkranken werden grundsätzlich nicht behandelt, da man sie als „Bräuber“ ansieht und Geschlechtskrankheiten von jeder Behandlung ausgeschlossen, da diese keine Krankheit ist, die den Soldaten selbständig macht. Einer der deutschen Legionäre hatte einen Handfuß bekommen und lief dann mit seinem Gipsverband zehn Tage herum, bis der Eiter durch die Gipsdecke hindurchdrang. Ein anderer hatte einen Brustdurchschuß erhalten, lag drei Wochen im Lazarett; dann schickte man ihn an die Front, obwohl er noch schwer fieberkrank war.

So starb er auf dem Weg zur Front, auf der staubigen, sandnendurchlachten Landstraße, im Straßengraben. Alle Beschwerden und Vorstellungen der Legionäre sind natürlich fruchtlos. Rechtlos wie Zuchthäusler, dürfen sie lediglich alle 14 Tage einen Brief schreiben, natürlich unter Aufsicht der Kontrolle und der Zensur. Der Verkehr mit der Zivilbevölkerung und den spanischen Truppenteilen ist ihnen bei strengen Strafen verboten.

So lebt der spanische Fremdenlegionär in einem Gefühl absoluter Rechtlosigkeit; er fühlt sich wehrlos als Kanonenfutter den Gefahren der Front ausgesetzt, sobald es nach vorn geht, und allen Erniedrigungen und Herabwürdigungen einer modernen Sklaverei, sobald er in sein Lager zurückkehrt. Es ist Sache der spanischen Regierung, dieser Kulturhande in kurzer Zeit ein Ende zu machen. Es ist aber auch Sache der europäischen Kulturwelt, Alarm zu schlagen gegen ein System der modernen Sklaverei, dem defäzierte Elemente der gesamten Nationen zum Dver zu fallen pflegen.

„Der Zahnarzt“ — „Unsere Zähne“

Zurzeit wird in Karlsruhe in der Aula der Technischen Hochschule eine Ausstellung unter dem Titel „Der Zahnarzt“ gezeigt, als deren Veranstalter der Reichsverband deutscher Zahnärzte verantwortlich zeichnet. Ueber die Ausstellung selbst wird an anderer Stelle berichtet werden. Eine Pflicht der Gerechtigkeit nötigt uns jedoch, dieser Ausstellung gegenüber einige kritische Bemerkungen zu machen, die wir der Öffentlichkeit gegenüber schuldig zu sein glauben. Und zwar ist es nötig, der Vorgesichte dieser Ausstellung einige Betrachtungen zu schenken.

Bekanntlich findet in den ersten Tagen des September hier in Karlsruhe in den Räumen der städtischen Ausstellungshalle eine große Ausstellung statt, die vom Reichsverband deutscher Dentisten veranstaltet wird und die den Titel „Unsere Zähne“ trägt. Zwischen jener großen Ausstellung der Dentisten in der städtischen Ausstellungshalle und derjenigen der Zahnärzte in der Aula der Technischen Hochschule besteht nun ein gewisser innerer Zusammenhang, allerdings nicht, wie man annehmen möchte und wie zu wünschen wäre, der Art, daß beide Ausstellungen sich ergänzen, sondern im Gegenteil der Art, daß die gegenwärtige Ausstellung der Zahnärzte ein Konkurrenzunternehmen zu der schon lange geplanten und vorbereiteten Ausstellung der Dentisten im September sein soll. Der harte Kampf, der schon lange Zeit zwischen den beiden Berufsgruppen der Zahnärzte und der Dentisten besteht, wird durch die Ausstellung „Der Zahnarzt“ in die Öffentlichkeit getragen.

Der Reichsverband der deutschen Dentisten hatte schon vor einem Jahre auf seiner Tagung in München beschloffen, im September dieses Jahres in Karlsruhe eine große Dentalschau und Ausstellung zu veranstalten. Die Vorarbeiten wurden sofort aufgenommen; bereits im März dieses Jahres erschienen die ersten Mitteilungen über Plan und Umfang der Ausstellung. Nach allem, was bis jetzt über diese Ausstellung „Unsere Zähne“ der Dentisten bekannt wurde, darf man erwarten, daß die Ausstellung eine umfassende, großzügige, auf organisierte und zusammengestellte Schau über das gesamte Gebiet der Zahnheilkunde, der Zahnpflege und der Zahn- und Mundhygiene geben wird. Die Räume der Ausstellungshalle sind ja auch bereits seit einiger Zeit von den einschlägigen Firmen wie auch von den ausstellenden Dentisten selbst voll besetzt.

Angeichts dieser Vorbereitungen zu der großen Ausstellung im September erregte es überall ziemliche Ueberraschung, als plötzlich bekannt wurde, daß die Zahnärzte ebenfalls in der selben Stadt und in denselben Räumlichkeiten eine Ausstellung zu veranstalten beabsichtigen, — nur einen Monat früher wie die Dentisten. Da die Ausstellungshalle nicht mehr frei war, wurde der Stadtrat um Ueberlassung der Festhalle gebeten. Da vorher über solch einen Plan nichts bekannt geworden war, da die Ablicht einer Ausstellung der Zahnärzte erst in die Öffentlichkeit drang, nachdem die Vorarbeiten zur Ausstellung der Deutschen in vollem Gange waren, so drängte sich sofort unwillkürlich der Verdacht auf, daß die Ausstellung der Zahnärzte nur veranstaltet werden soll, um der Ausstellung der Dentisten Abbruch zu tun. Auch der Stadtrat von Karlsruhe teute wohl diesen Verdacht einer Konkurrenzunternehmung, denn er lehnte es ab, den Zahnärzten ein städtisches Lokal zu überlassen, da es gegen jede Treu und Glauben verstößen würde, wenn man dulden würde, daß der schon seit langem geplanten und aufs beste vorbereiteten Ausstellung nun eine gleiche Ausstellung wenige Wochen vorher auf die Nase gesetzt würde. Nach dieser Ablehnung durch den Stadtrat verlegten die Zahnärzte ihre Ausstellung in die Aula der Technischen Hochschule.

Angeichts dieser Vorgeschichte der Ausstellung „Der Zahnarzt“ fällt es uns etwas schwer, die Ausstellung mit derselben reinen und ungemischten Freude zu begrüßen, wie wir sonst alle Unternehmungen, die der Volkswohlfahrt, der Volksgesundheit, der Hygiene und dem sozialen Fortschritt dienen, zu begrüßen gewohnt sind. Wir finden es als ein Unrecht, mit solchen Mitteln ein großes und bedeutendes soziales Unternehmen, wie es die Ausstellung der Dentisten ist, aus reinen Konkurrenzgründen sabotieren zu wollen, zumal die Dentisten unter allen Umständen für sich beanspruchen können, die Idee und den Plan zu einer solchen Ausstellung als Erste in Deutschland gefaßt zu haben. Der Kampf der beiden Berufsgruppen, Zahnärzte und Dentisten, hätte auch weiterhin innerhalb der beiden Berufe ausgefochten werden können. Die Art, wie er durch die Zahnärzte nun durch die Ausstellung „Der Zahnarzt“ in die Öffentlichkeit getragen wird, kann uns durchaus nicht gefallen. Und der wahre Zweck der Ausstellung der Zahnärzte, „Der Zahnarzt“, nämlich der Ausstellung der Dentisten, „Unsere Zähne“, Abbruch zu tun, erfüllt uns gegenüber all dem vielen Gebotenen, Geschriebenen und Gesagten über den Zweck der Ausstellung mit einigem Mißtrauen. Es fällt uns etwas schwer, an die lautere Absicht auf Seiten der Zahnärzte zu glauben. Vielleicht überzeugt uns der Verlauf der Ausstellung und der Vorträge vom Gegenteil! h. w.

Badischer Landtag

43. Sitzung

h. v. Karlsruhe, 31. Juli.

Zunächst wird eine kurze Anfrage des Abg. Kösch (Sos.) betreffend die württembergische Abwehr der Pöbeln zwischen Baden und der Schweiz im kleinen Grenzgebiet durch den Landtagrat Dr. Bär dahin beantwortet, daß das Ministerium des Innern seit Stabilisierung der Mark fortgesetzt bemüht war, die Beschränkungen der Pass- und Grenzkontrollvorschriften möglichst zu beseitigen. Dabei sind aber die Bestimmungen des Grenzgesetzes, wobei das Reich zuständig ist, zu beachten. Am 1. August werden aber weitere Erleichterungen eintreten.

In der Weiterberatung des Nachtragsplans des Ministeriums des Kultus und Unterrichts allgemeiner Teil, den natürlich Abg. Mager-Karlsruhe (Df.) die Haltung der Heidelberger philosophischen Fakultät im Falle Gumbel. Dann befaßt er sich ebenfalls mit der Kultur- und der Sittlichkeit. Beseitigung der Schamhaftigkeit in der Öffentlichkeit. Beseitigung der Schamhaftigkeit in der Schule und in der Erziehung ein. — Abg. Bod (Komm.) beschäftigt sich zunächst ebenfalls mit der Heidelberger philosophischen Fakultät, deren Veröffentlichung gegen den Professor Gumbel er als ein Pamphlet voller Widersprüche und Beschimpfungen bezeichnet. Es seien in Heidelberg Bestrebungen im Gange, Gumbel auszuburgern, ihm die Existenzmöglichkeit zu nehmen. Der Unterrichtsminister habe Gumbel als eine nahezu unmögliche Persönlichkeit genannt. Der Redner stellt dieses Verhalten der Heidelberger Universität und des Unterrichtsministeriums in Vergleich zu dem Verhalten gegen den Freiburger Professor Marshall von Bieberstein, der eine republikanische Regierung anbot, sich dauernd renitent zeigte und dann einen — Verweis erhielt. In Heidelberg habe ein Professor Ritter am Tage des Hitlerputsches sein Kolleg mit den Worten eröffnet: „Heute wird in München Weltgeschichte gemacht, da möchte ich dabei sein.“ Zur Rede gestellt, habe Ritter erklärt, er habe den Satz zwar gebraucht, aber ihn ganz anders gemeint. Der Redner richtet besonders scharfe Angriffe gegen den Unterrichtsminister Dr. Heßnach, dem er eine Reihe von Widersprüchen in seinem Verhalten als Wissenschaftler und Politiker nachweist. Der Geist der Universitäten sei nicht der Geist der Republik. — Der Begriff des Elternhauses bestehe in Deutschland für Millionen nicht. Eine Beseitigung der Auswüchse der Gesellschaft ist nur möglich durch eine Beseitigung der Grundlagen der Gesellschaft. — Abg. Sothenius (Dem.) warnt, durch Generalisierung die Jugend- und Sportbewegung in ein falsches Licht zu bringen. Nicht kritisieren, sondern positiv zusammenarbeiten, um Verbesserungen zu erzielen, das sei die Aufgabe. Der Begriff des Elternhauses bestehe in Deutschland noch. Wenn man sich für die Schamhaftigkeit einsetze, dürfe man aber nicht der Prüderie verfallen. Zum Schluß beauftragt der Redner einen Antrag der einen Ausdehnung zwischen der Verwendung der Lehrerinnen auf dem Lande und in der Stadt verlan.

Abg. v. Au (Landb.) hält seine erste Rede aus dem Gebiete seines Nebenberufs, als Lehrer; seine Hauptbetätigung ist bekanntlich die Vertretung der Interessen seiner Hauptberufskollegen, der Hausbesitzer. Er hat natürlich für alles, was an den Universitäten Reaktionsäres geschieht, eine Entschuldigung. Die Familie sei der wichtigste Erziehungs- und Kulturfaktor. Wenn die Familie versage, so habe das mit dem Kapitalismus nichts zu tun. Auch dieser Redner warnte schließlich vor Verallgemeinerungen. — Abg. Frau Riegel (Zentr.) tritt für den Uebergang von der Volksschule zur Mittelschule erst nach dem 4. Schuljahr ein und beantragt die Anstellungserhältnisse der Lehrerinnen. Zum Schluß erzählt sie einige Märchen vom „Terror“ des Badischen Lehrervereins gegen Mitglieder des katholischen Lehrervereins. — Nachträglich rügt der Präsident den Abg. Bod, weil er in seiner Rede geäußert habe, Kirchenrat Mager sei beruflich ein Kirchenrat, persönlich könne er dies nicht behaupten. — Abg. Mager-Karlsruhe (Df.) kann sich nicht für den Antrag betr. die Lehrerinnen erwärmen. — Staatspräsident Dr. Heßnach befaßt sich mit einer Anzahl in der Debatte aufgeworfener Fragen. Man solle nicht alles tragisch nehmen, was an den Schulen vorgehe. Die Hauptschule der politischen Erziehung gehe vom Elternhaus aus. Die Erziehung zur Demokratie gehe am besten durch die Zeit. Die Schulen sollten überall dazu kommen, die Abscheu zu verbieten. In 90 Prozent habe man bis jetzt gute Erfahrungen gemacht. Eine Nachprüfung der Schulen, in denen nach dieser Richtung noch nichts geschehen, werde demnächst stattfinden. Besichtig des Ubergangs aus der Volksschule in die Mittelschule wird ein Abgang aus dem 3. Schuljahr nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen bei ausgeübten Schülern gestattet. Bei der Frage der Sprachklassen an der Volksschule handle es sich um die Frage, ob die heutige Volksschule allen Schichten und Ansprüchen genügt, oder ob zur Vorbereitung dieser Ansprüche die Mittelschule aufgesucht werden muß, oder aber ob die Volksschule erweitert werden soll, um den Ansprüchen zu genügen. Die Grundlage der Volksschule und ihre Organisation soll aber nicht erschlagen werden. Es soll als Basis unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß die Auslese nur nach dem Urteil der Lehrer erfolgen darf und nicht nach den Wünschen der Eltern. — Abg. v. Au (Landb.) spricht nochmals zu den Anträgen betr. die Lehrerinnen und vertritt dann die Wünsche Mannheims bezüglich der Unterstützung der Handelshochschule. Es handle sich weniger um die Höhe der Subvention, als um die Schaffung, die dadurch gegenüber der Anstalt zum Ausdruck gekommen wäre. — Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

Ueber die Hauptabteilung 4 „Wissenschaft und Kunst“ erstattet hierauf Abg. Marum einen kurzen Ausschussbericht. — Abg. Schöfer (Zentr.) setzt sich für einen Beitrag von 20 000 Mark zur Erhaltung des Münsters in Ueberlingen ein und für die Unterhaltung der Druckerei des Werkes über die Reichsneu. — Abg. Wittemann (Zentr.) trägt Wünsche bezüglich des Bestimmungsmuseums in Buchen vor.

In der Einzelberatung beauftragt Abg. Dr. Glodner den Antrag auf Erhöhung der Position „Aufsichtsratsmitglied der badischer altkatholischer Pfarrer“, von 17 000 M auf 22 625 M.

Abg. Maier-Heidelberg (Sos.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Antrag zustimme. — Abg. Müller (Ztr.) wendet sich dagegen — aus Gründen der Parteil. — Abg. Bod (Komm.) lehnt Kultusausschüsse ab, also auch diesen Antrag. — Abg. Maier-Heidelberg (Sos.) bemerkt dem Abg. Bod gegenüber, daß die Sozialdemokratie nicht so inkonsequent handeln würde, wie es die Kommunisten beim Dotationsgesetz getan hätten; mit Hilfe der Kommunisten ist das Dotationsgesetz um zwei Jahre verlängert worden. Wenn man den Kultusausschüssen den seit Jahren gewährten Zuschuß nicht mehr hätte gewähren wollen, dann hätte man dies bei Beratung des Dotationsgesetzes sagen müssen. (Auf Zentrumsseite entsteht bei diesen Bemerkungen des Abg. Maier eine heftige Erregung; Maier fängt aber die aufgeregten Herren Führer und Rüge aus und treffend ab.) — Nach einem komischen Zwischenfall des Abg. Ritter äußert sich zur gleichen Sache noch Abg. Weber (D. Volksp.), Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) und Frau Abg. Uner (Komm.). Der Antrag wird gegen das Zentrum, die Kommunisten und den Abg. Dörr vom Landbund angenommen.

Bei der Gesamtabstimmung über die Nachforderung für die Dotationen enthält sich die Sozialdemokratie der Stimme; die Kommunisten sind dagegen. — Einzelwünsche bei der fortgesetzten Spezialberatung bringen noch die Abg. Frau Richter (Dnl.) und Frau Besele (Ztr.) vor. Der Gesamtvoranschlag des Unterrichtsministeriums wird gegen die 4 Stimmen der Kommunisten angenommen. Angenommen werden die Anträge des Haushaltsausschusses. Der Antrag Sothenius betr. Verwendung von Lehrerinnen auf Landorten wird mit 33 gegen 33 Stimmen abgelehnt durch Entscheidung des Präsidiums. Damit ist der Etat des Unterrichtsministeriums erledigt.

Beseitigung an Kassenverhältnissen. Ueber das Gesetz erläßt Abg. Marum einen kurzen Bericht. Die Beratungen des Haushaltsausschusses waren vertraulich; die Behandlung im Plenum soll ebenfalls vertraulich sein, und zwar aus dem Grunde, weil man keine Gefahr nicht in voller Öffentlichkeit ausbreiten soll. Nach dem Gesetzentwurf soll der Finanzminister ermächtigt werden, gegen Einräumung eines Optionsrechts auf den Erwerb bis zu je 100 Kuren der Gemeindefürsorge Baden und Markgräfler in Buggingen ein Darlehen bis zu einer Million Reichsmark zu gewähren und hierzu die erforderlichen Mittel im Wege des Handelskredits flüssig zu machen. Das Gesetz wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats des Justizministeriums.

Den Ausschussbericht liest Abg. Marum. — In der Generalausprache behandelt Frau Uner (Komm.) die Fürsorgeerziehung; es werde am meisten über die Verpflegung geklagt, die sehr mangelhaft sei; auch der Unterricht und die Vorbereitung zum künftigen Beruf sei ungenügend. — In der Spezialberatung behandelt Frau Abg. Siebert (Ztr.) ebenfalls die Fürsorgeerziehung. Justizminister Traut weist einige Uebertreibungen der Abg. Uner zurück und stützt auf den Abg. Ritter wegen seiner Berichterstattung in der „Arbeiter-Zeitung“, die das Gegenteil von Wahrheit sei, gehörig zusammen. — Abg. Ritter (Komm.) und Justizminister Traut setzen sich noch einige Zeit über diesen Gegenstand auseinander, auch Abg. Müller (Ztr.) befaßt sich an der Debatte, ebenso Abg. Weismann (Sos.), der den Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ über eine Beratung des Rechtspflege-Ausschusses ebenfalls als unwahr nachweist, dann Abg. Gähler (Komm.), Abg. Marum (Sos.), Abg. Müller (Ztr.).

Abg. Hans (Dnl.) wendet sich gegen die Konkurrenz der Strafanstalten. Der Minister soll Rücksicht auf das Handwerk nehmen. Justizminister Traut teilt mit, daß eine Anordnung erlassen worden sei, daß keine unläutere Konkurrenz entstehen werde. — Der Gesamtetat wird schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Um 1/2 Uhr ist endlich auch diese Tagesordnung durchgelesen. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Samstag früh 8 Uhr abzuhalten, wogegen der Abg. Duffner im Namen der auswärts wohnenden Abgeordneten — mit Recht — protestiert; verschiedene Abgeordnete schließen sich den Ausführungen des Abg. Duffner an; u. a. warnt Abg. Bod davor, nun die Methoden des Reichstags, das Zusammenpressen der Sitzungen und dann den Krach, auch im Landtag einzuführen. Die Abstimmung ergibt, daß eine Sitzung für Samstag abgelehnt und die nächste Sitzung auf Dienstag vormittags 8 Uhr festgesetzt wird. Schluß 1/2 Uhr nachmittags.

Aus dem Freistaat Baden

Die Bevölkerungsdichte in Baden

Nach nur hundert Jahren war das Land Baden verhältnismäßig dünn besiedelt. Im Jahre 1815 entfielen auf den Quadratkilometer erst 66 Personen, im Jahre 1871 waren es schon 97. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 wurde eine Wohnfläche von 142,2 ermittelt, am 16. Juni d. J. von 153,9. Im Vergleich zu anderen Ländern gehört Baden mit zu den dichtestbesiedelten im Deutschen Reich. Eine größere Wohnfläche als Baden weisen — abgesehen von den Banatsländern — nur Sachsen mit 332 und Böhmen mit 176 Personen auf; erheblich dünner besiedelt ist Württemberg mit 133 und Bayern mit 97 Personen; in Oberbayern entfallen 86, in Württemberg 56, in Medienburg-Sachsen 52 und in Medienburg-Strelitz 38 Einwohner auf 1 Quadratkilometer.

Innerhalb unseres Landes ist die Bevölkerungsdichte außerordentlich verschieden. Am dünnsten besiedelt sind die Amtsbezirke Pfalzenhof und Reustadt (je 51,6 Einwohner), Engen (56,7), Buchen (57,9), Weiskirch (58,4) und Weisheim (58,9). Zwischen 60 und 70 Einwohner auf 1 Quadratkilometer kommen in den Bezirken Wolfach, Donaueschingen, Stodach und Waldsüt; 70—100 Einwohner in den Bezirken Tauberscheidheim, Staufen, Wehrheim und Oberkirch. Die größte Wohnfläche weisen selbstverständlich die Bezirke mit großen Städten auf. An erster Stelle steht der Bezirk Mannheim mit 900,1 Einwohner, dann folgt Karlsruhe mit 503,1 und Pforzheim mit 363,5 Einwohnern. In größerem Abstand folgen die Bezirke Heidelberg (299,5), Weinheim (283,8), Konstantz (282,9). Ueber 200 Einwohner auf 1 Quadratkilometer

weisen noch die beiden Bezirke Lörzach (215,2) und Freiburg (210,7) auf. Erwähnt sei noch, daß im Durchschnitt des Deutschen Reiches die Bevölkerungsdichte 132,9 beträgt.

Eine Eingabe der Kriegsbeschädigten zur Wohnungsfrage

Die Gausleitung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat an die Badische Regierung sowie an die einzelnen Parteien ein Schreiben gerichtet, worin darauf hingewiesen wird, daß gerade die Kriegsteilnehmer den Hauptteil der Wohnungslosen darstellen. In den in der Besichtigung einer hiesigen einwandfreien Wohnung bedürftig wären. Die Fälle sind nicht selten, in denen ein Lungerkrankter sein Schlafzimmer mit drei oder mehr Personen teilt und andererseits Beinahmte oder Gelähmte sich nach einer oft drei oder vier Stunden hochliegenden Dachwohnung bemühen müssen.

In der Eingabe wird dann weiter erklärt, es dürfte wohl behauptet werden, daß die Bevorzugung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen hinsichtlich der Siedelungen bisher nur auf dem Papier stand. Lediglich für die Gruppen die infolge ihrer Beschädigung oder Ernährungsverlust eine Rente beziehen, habe man vom Reiche eine gewisse Erleichterung geschaffen. Die Eingabe weist dann auf den Einfluß des Preussischen Landtags hin, der 20 Mill. Mark zur Verfügung stellte, um minderbemittelten Familien Schwerkranken Baukostenzuschüsse zu leisten und erklärt, es sei wünschenswert, daß auch das Land Baden dem Vorgehen des preussischen Landtags folgen und Mittel in einer noch diskutablen Höhe für Kriegsoverbedlungen zur Verfügung stellt.

Gerichtszeitung

Der angeklagte Gaul. In der Berufssitzung der Ferienkammer des Landgerichts wurde der Handelsmann Siegmund Wolf aus Königsbach wegen Betrugs zu 600 M Geldstrafe verurteilt, im Falle der Unbedingtheit zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Wolf hatte dem Landwirt Hans Besau, dessen Schwiegersohn Karner aus Uetersbach ein Pferd als Nebenbrieg zu 600 M verkauft, während es in Wirklichkeit ein Miere von 15 Jahren und infolge dessen auch einen geringeren Wert hatte. Um ein jüngeres Miere vorzutauschen, war Wolf das Pferd angekauft worden. Unter anderem hatte der vorherige Besitzer die ursprünglichen grauen Augenbrauen des Gauls schwarz gefärbt. Wolf hatte das Pferd am 28. Tag an Rau weiterveräußert ohne von dieser Metamorphose etwas bemerkt zu haben. Erst später entdeckte der neue Besitzer die Gebrechen des edlen Rosses.

Markt und Handel

Batschari. Das Münchener „8 Uhr-Abendblatt“ meldet, daß die Batschari-Zigarettenfabrik Barden-Baden in den Besitz eines französischen Konfortiums übergegangen ist. Die Zahlungsunvermögen der Firma bestehen schon seit längerer Zeit, jedoch die Abdeckung einer rückständigen Steuerforderung in Höhe von 3,5 Millionen nur mit französischem Geld möglich war.

* Bühler Obstmarkt vom 29. Juli. Zimmers Frühschneiderei 47—50, Pfälzen 30—35, Reineclauden 32—35, Apfel schöner von Wolf Karapfel Charlomowatz 18—25, Birnen, Williams Christbirne, Sommer Herrensirne, Citronen 30—35, kleine Birnen 20—23, Pfirsich 100. Nachfrage nach Birnen und Pfirsich gut, Pfälzen und Apfel langsamer.

* Preisermäßigung am Metallmarkt. Die Preise für Eisenwalze und gewebte Metallabfälle wurden von der rheinisch-westfälischen Metallabfallhändlervereinigung auf 98 M pro dz. erhöht. Der Kupferblechverband Kassel hat die Grundpreise für Kupferbleche von 187 auf 195 M heraufgesetzt.

* Erhöhung der Druckpapierpreise. Ab 1. August werden die Druckpapierpreise um einen halben Pfennig pro Kilo auf 34 M erhöht. Ab 1. Oktober soll das Kilo 34,5 M kosten. * Die amerikanische Baumwollenernte. Die Baumwollenernte in Amerika wird für das laufende Jahr auf 29 Millionen Zentner geschätzt. Wenn sie auch die erwartete Höhe nicht ganz erreichen wird, wird sie aber immer noch höher sein, als der Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

* Glänzende Besichtigung der Frankfurter Schuh- und Ledermesse. Die zur Frankfurter Messe, vom 4. bis 7. Oktober, vorliegenden Anmeldungen lassen erkennen, daß das „Schuh- und Leder“ wiederum ausgezeichnet besichtigt sein wird. Leider werden nur wenige neue Firmen berücksichtigt werden können, da nur ganz wenige Plätze für neue Anmeldungen zur Verfügung stehen. Die gute Besichtigung der Frankfurter Schuh- und Ledermesse sennt aufs neue für die bevorstehende Bedeutung der Frankfurter Internationalen Messen für die Lederwirtschaft.

Der heutige Nummer des „Volkstreu“ ist die achtschichtige Bilderbeilage

„Volk und Zeit“

der 31. Woche beigelegt.

Bad. Girozentrale Zweiganstalt Karlsruhe

Öffentliche Bankanstalt

Telephon Nr. 3603—3607 Telephon Nr. 3603—3607

Girokonto Reichsbank und sämtliche kommunalen Bankanstalten

Erladigung sämtl. Bankgeschäfte — Depositionskonten

Kostenloser Ueberweisungsverkehr

Ausstellung „Der Zahnarzt“

Heute, Samstag nachmittag 5 Uhr:

öffentliche Vorträge mit Lichtbildern über soziale Hygiene

Eintrachtsaal, Karl Friedrichstraße 30

Karlsruher Polizeibericht vom 1. August

Einen tragischen Tod fand gestern der verheiratete 55 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Julius Gauer, Vater von 6 Kindern, wohnhaft Breitenstraße 65 im Stadtteil Beier...

Aus den Vororten

Grünwinkel. Man schreibt uns: Es gab einmal eine Zeit, wo Grünwinkel noch selbständige Gemeinde war und wo jeder Bürger das Recht hatte, sein Land bei seinem Bürgermeister...

ten Wünsche gezwungen ist, die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen und andererseits seine persönliche Sicherheit keinen höheren Wert hat, als eine Behörde die vorchriftsmäßige Beleuchtung einer verkehrsreichen Straße einfach unterlassen kann.

Wiederholt sind auf der dunklen Straße Personen belästigt und angefallen worden. Soll dieser Zustand tatsächlich noch weiter anhalten? Haben die Grünwinkler lediglich das Recht Steuern zu bezahlen, und wird auf die hier anässige Industrie, die gewiß einen beträchtlichen Beitrag zum Stadtbudget leistet, keine Rücksicht genommen? Es wäre endlich am Platze, den rechtswidrigen Zustand schleunigst zu ändern.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Deute noch Regenfälle, morgen teilweise aufheiternd, der einseit Regenschauer, mäßig warm.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Billiger Serien-Verkauf von Waschstoffen

Table with columns for fabric types (Wash-Mouffline, Wash-Crêpe, Crêpon, Crêpe-Morocain, Crêpe-Boile, Wash-Seide) and prices for different series (I, II, III, IV).

W * Boländer

Advertisement for 'Gesangverein „Flügelrad“ Karlsruhe' featuring a 'Fahnenweihe' (flag consecration) on Sunday, August 2, 1925, at the Colosseum.

Advertisement for 'BAUBUND-MÖBEL' (Baubund Furniture) in Karlsruhe, highlighting quality and variety in form and substance.

Advertisement for 'Grimmelshausen und die Ortenau' exhibition, featuring various art and craft items from the region.

Advertisement for 'Fahrrad-Kunzmann' (Bicycle shop) offering a 20 Mark installment plan for bicycles and repairs.

Advertisement for 'Farben, Lacke etc.' (Paints and Varnishes) and 'Kurz- u. Wollwaren' (Woolen goods) with contact information for the dealer.

Advertisement for 'Möbellager C. Rauch, Rastatt' (Furniture store) selling solid and affordable furniture.

Advertisement for 'Sklaven der Liebe' (Slaves of Love) at the 'UNION-THEATER'.

Advertisement for 'Verkehrsverein Durlach' (Traffic Association) featuring a 'KONZERT' (concert) by the local music ensemble.

Advertisement for 'Naturtheater Durlach' (Nature Theater) featuring a play by 'Alt-Heidelberg'.

Advertisement for 'Sonder-Angebot' (Special Offer) featuring various household items like aluminum cups and thermoses.

Advertisement for 'Staatslotterie!' (State Lottery) with a drawing on August 31st, offering large prizes.

Advertisement for 'Pfünder-Versteigerung' (Pawnshop liquidation) on Wednesday, August 12, 1925.

Advertisement for 'In 30 Minuten Ihr Passbild' (30-minute passport photos) at a photography studio.

Advertisement for 'Maschinenpöpe' (Machinery) for sale or repair.

Advertisement for 'Metallbetten' (Metal beds) for sale.

Advertisement for 'Briefpapiere, Schreibwaren, Ansichtskarten, Schul-Artikel' (Stationery and school supplies) at a bookstore.

Advertisement for 'Schlafzimmer-Bilder' (Bedroom pictures) for sale.

Advertisement for 'Druckarbeiten' (Printing services) for various documents and books.

Advertisement for 'Kunzmann' (Bicycle shop) featuring various bicycle models and accessories.

Advertisement for 'Schlafzimmer-Bilder' (Bedroom pictures) and other home decor items.

Advertisement for 'Zwerg vorm. Götz' (Dwarf former Götz) featuring various items for sale.

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

DN
Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark
FILIALE KARLSRUHE (Baden)
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

ROB
GEGR. 1870

Kostenlose Einlösung unserer Schecks bei unseren sämtlichen Niederlassungen und denjenigen der Deutschen Bank. Akkreditive u. Kreditbriefe auf alle Plätze. An- und Verkauf von fremden Geldsorten.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depofitenkaffe am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mülhburg.



BADISCHE BANK

Mannheim Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Erste Karlsruher Leiternfabrik

R. Raible, Karlsruhe i. B.
Bismarckstrasse 33
Gegr. 1892 Tel. 5842
Herstellung von Leitern für Industrie, Gewerbe u. Haushalt. — Holzwaren, Wäschetrockner Fenster- tritte usw.



Bankhaus Straus & Co.

Karlsruhe

Kaufen Sie nur die

Aeska- Karamellen

Adolf Speck A.-G. Zuckerwarenfabrik

Bankhaus Veit L. Homburger

11 Karlstrasse 11 KARLSRUHE 11 Karlstrasse 11

Ebersberger & Rees, G.m.b.H.
Karlsruhe i. B.

Lebensmittelgrosshandlung	Kaffee-Grossrösterei
Kaffee-Import	Zuckerwaren-Fabrik

Lederfabrik Durlach
HERRMANN & ETTLINGER

G. m. b. H.
Schuhoberleder, Handschuhleder, Bekleidungsleder, Portefeuilleleder

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe, Kaiserstraße 146, gegenüber der Hauptpost.
Depositenkasse „Markt“ Wechselstube am Marktplatz (im Hotel Grosse)
Depositenkasse „Werderplatz“ / Wechselstube im Hauptbahnhof

Dampf-Rosshaarspinnerei
Carlo Pacchetti & Co.

Karlsruhe G. m. b. H. Tel. 1740

Prima neue eichene **Weintransportfässer u. Lagerfässer**

liefert zu billigsten Preisen

Fassfabrik Louis L. Stern & Co., Karlsruhe

Telegramm-Adresse: Fassstern.

Telefon 126 und 310

Fahrschule
für Kraftfahrzeuge
CHR. DALHOFER
Karlsruhe, Degenfeldstr. 7-9
Telefon 5677

IN KARLSRUHE

Am
Mühlburger Tor

— FERNSPRECHER NR. 4235 —



IN KARLSRUHE

Am
Mühlburger Tor

— FERNSPRECHER NR. 4235 —

Sinner-Fabrikate sind von unübertrefflicher Qualität!

Biere
Liköre u. Edel-
branntweine
Presshefe
Weizen- und
Roggenmehle
Backpulver
Edel-Pudding
Eispulver
Vanillinzucker
„Sinner“ u. „Stärke-
pulver“
Haferkakao
Haferflocken
Hafermehl
Malzkaffee
Konfitüren- u.
Obstkonserven
Gelees und
ff. Marmeladen
Speisenwürze

SINNER A. G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Karlsruhe 1924 Staatspreis und Goldene Medaille (Höchste Auszeichnung)



A. Rempp
Spezialhaus für Auto-Bedarf
KARLSRUHE
Parkstraße 21 — Telefon 1029
Ab heute auch über Mittag geöffnet.
Verkauf nur an Händler u. Reparatur-
Werkstätten. 4898
— Lagerbesuch lohnend. —

Bolstermöbelhaus R. Köhler, Schützenstr. 25
Wiedereröffnung der Anstalt am
Dienstag, den 1. September 1925
An diesem Tage beginnen sowohl die
Haushaltungskurse für Internats-
schülerinnen als auch die
Kochkurse für Stadtschülerinnen
gleichzeitig mit der mit der Anstalt verbundene
Mittagskafeteria wieder eröffnet werden. Anmel-
dungen werden schon jetzt entgegengenommen.
Jede gewünschte Auskunft wird schriftlich oder
mündlich erteilt durch:
Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz,
Kaiserstraße 10
oder die Vorleserin der Haushaltungsschule,
Fräulein Wilhelm, Herrentstraße 39.

Haushaltungsschule
des Badischen Frauenvereins vom
Roten Kreuz, Karlsruhe, Herrentstr. 39

Wiedereröffnung der Anstalt am
Dienstag, den 1. September 1925
An diesem Tage beginnen sowohl die
Haushaltungskurse für Internats-
schülerinnen als auch die
Kochkurse für Stadtschülerinnen
gleichzeitig mit der mit der Anstalt verbundene
Mittagskafeteria wieder eröffnet werden. Anmel-
dungen werden schon jetzt entgegengenommen.
Jede gewünschte Auskunft wird schriftlich oder
mündlich erteilt durch:
Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz,
Kaiserstraße 10
oder die Vorleserin der Haushaltungsschule,
Fräulein Wilhelm, Herrentstraße 39.

BB
Betten-Spezialhaus
Buchdahl
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 164
an der Post

Liefert alle **Betten** und **Bettwaren**
zu sehr mässigen Preisen besorgsamster
Bodienung und **nur** guten Qualitäten.

Bettstellen, Matratzen
Deckbetten, Kissen
Federn, Daunen
Steppdecken, Woldecken
Komplette Kinder-Betten
Weißlack-Schränke
Waschkommoden
Nachtschränke
Wickelkommoden
Patentrüste 4214

Der Einkauf von Betten ist Vertrauenssache

Die waschen
nißt
wichtig!



Deshalb kleben Sie auch über
die teure Wäsche und machen
sich das Waschen so schwer.
Nehmen Sie

Persil

Sie brauchen die Wäsche nur
eine Viertelstunde zu kochen,
und sie ist fleckenrein, schnee-
weiß und frischduftend. Seife
und Seifenpulver gebrauchen
Sie nicht dazu. Persil enthält
beste Seife in feinsten Verteilung
reichlich.

Henkel, Henkel's Wasch- und Bleich-Seife
4 u. 8 Einheitsmaß
Unverfälscht für Wäsche und Fluspedal

Togal gegen Schmerzen
der Nerven, Rheuma, Gicht,
Jochschmerzen, Kopfschmerzen, Grippe
und Erkältungskrankheiten.
Togal-Tabletten helfen die Schmerzen und heben die
Harnsäure aus. Hervorragend bewährt!
Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.
12,5% Lith., 0,46% Chinin, 74,7% Acid. acet.
satic., ad 100 Amyl.

Prima Bodenlacke
in 1 kg Büchlein RM. 1.30 per kg
offen RM. 1.20

Strichfertige **Beifarben** aus reinem Leinöl-
firnis gearbeitet von RM. 1.20 an, zu haben im
Farbenhaus Ludwig Beider
Wilhelmstraße 4, Telefon 1350

Zahnpflege-Wettbewerb

In den letzten Tagen haben wir je 13000 Zahnbürsten, Pasten und Anweisungen zur Zahnpflege an die Kinder durch die Schulen verteilen lassen.

Die Preisverteilung findet in der Städt. Ausstellungshalle anlässlich der „Zahnhygienischen Ausstellung“ am **10. September 1925, von vormittags 9 Uhr ab** statt.

Reichsverband Deutscher Dentisten

Möbel
Preiswerte Wohnungseinrichtungen
und Einzelstücke
Lieferung frei — Unentgeltliche Auf-
bewahrung bis zu einem Jahr
Weltweiteste Zahlungsvereinfachung

Lebensmittel
kaufen Sie stets zu
Konkurrenz-Preisen
und nur erstklassigen
Qualitäten bei den
„Kola“
Mitgliedern
erkenntlich durch Mitgliedschild.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
feinen Solinger Stahlwaren
wie Taschenmesser, Tischbestecke,
Scheren, Alpenbestecke und meine
1a Rasiermesser
eigener Fabrikation, sämtliche
Rasierutensilien.
H. Tintelott, Rasiermesserhohlschleifer
Amalienstr. 43 Tel. 4182.

Die Städt. Sparkasse Karlsruhe
verspricht zinsfrei für Spareinlagen bei monatlicher
Rückzahlung
10 %
Zahreszinsen. Wenn man jährlich eine Summe z. B.
100—200 RM. absetzt, je nach seinen Verhältnissen (auch
in Teilbeträgen) auf Sparbuch anlegt — also eine
kleine regelmäßige Summe — so ergibt dies
(bei 100 RM.) mit Jahreszins
in 5 Jahren rund 670.—
" 10 " " " 1700.—
" 20 " " " 3300.—
" 30 " " " 4800.—
In Barliquidität hat man mit jährlich 100 RM.
in diesen 5 Jahren nur
3000.— RM.
einbezahlt, somit einen reinen Zinsgewinn von
15 000.— RM.
erzielt. Man sieht den Vorteil des Zinsgenusses und
die schnelle Vermehrung des Vermögens. Wer dar-
nach handelt und sich an die regelmäßigen Einzah-
lungen gewöhnt, wird zur Hebung seiner eigenen
wirtschaftlichen Lage beitragen.
Städt. Sparkassenamt.
1427

GROSSE SCHWEIZER KUNSTAUSSTELLUNG
KARLSRUHE-BADEN / 19. Juli — 30. August 1925.
STÄDTISCHE AUSSTELLUNGSHALLE KARLSRUHE
KUNST DES 19. JAHRHUNDERTS UND DER GEGENWART
SONDERRÄUME: BOECKLIN · HODLER · DISTEL · TOEPFFER · u. a.

Pumpen Papier
Zeitung
Aluminate, alle Teile,
sowie sämtl. Rohprodukte
fein sortiert
Ehr. Baier, Karlsruhe,
Herbertstr. 72/74.
Sändl. erhält. Vorzugsbr.

Plakate aller Art liefert rasch
und billig
Buchdruckerei
Geck & Cie., Luisen-
straße 24. Teleph. 128.

Mein dauernd steigender Umsatz beweist meine
Leistungsfähigkeit
in **Qualität**
und **Preis!**
Besuch meiner Möbelausstellung einfacher bis feinsten Art
und Geschmacksrichtung ohne jeden Kaufzwang erwünscht.
Möbelhaus Carl Aug. Marx
Karl-Friedrichstraße 24 (Rondellplatz)

Die Hornhaut an des Fußes Sohl,
die Dich so schmerzt, mußt Du vertreiben.
Ein Mittel weiß ich: „Lebwohl“
die altbekannten Ballenscheiben!
Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten
empfohlene **Hühneraugen-Lebwohl** für die Zehen und **Lebe-**
wohl-Ballenscheiben für die Fußsohle. Blechdose (8 Pfaster)
75 Fig., erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Billiger Sonder-Verkauf

↓

Für die Ferien!

→ **Herren- und Knaben-Kleidung**

**:: nur Qualitätsware ::
zu herabgesetzten Preisen.**

Sport-Anzüge, Sporthosen, Windjacken besonders billig!

HAHN

Kaiserstraße 54

Das altbekannte Herren- und Knaben-Kleidung Spezialhaus für

Pfannkuch

Eingetroffen
vier Waggon
neue

Kartoffeln

3 22 Pf. 1/2
—
Neue
Holländer

Vollheringe

3 40 Pf. 1/2

Pfannkuch

Bei günstigen Zahlungs-Bedingungen
und billigsten Preisen
erhalten Sie beim

Kürschner Neumann

3 Erbprinzenstraße 3

Pelzjacken / Pelzmäntel / Skunks
Opussum / Walaby / Wolf / Fuchs
und andere Garnituren

Gefangverein der Nähmaschinen-
bauer von Junker & Ruh.

Am Sonntag den 2. August im Schremp-
schen Biergarten, Beierthelmer Allee

Gartenfest.

Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Mietervereinig. Krübe

Wiener Operette im Stadt. Konzerthaus.

Heute Samstag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr
das reizende Altwiener Singspiel

Das Dreimäderlhaus

von Franz Schubert-Berte.
Billets von Mk. 1.70 b. 6.90 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-
Brunner, Kaiserallee; Holzschuh, Werderstr. 48 und an der
Tagesskasse.

Morgen: **Das Dreimäderlhaus.**

Möbelhaus Maier Weinheimer Karlsruhe i. B. nur Kronenstr. 32
Zahlungserleichterung.

Obergeschoß (Café) heute, 1. August, abends 8 Uhr

Sommernachtsfest
mit lustigem Programm
(Kapelle Kellner jr.)

Polizeistunde-
Verlängerung

Gaststätten „Grüner Baum“
(am Durlacher Tor)

Erdgeschoß
Ab heute täglich

Kapellmeister **Helmig**
mit den lustigen Rheinländerinnen

Schlagerprogramm

Gute Küche Reine Weine

f. Hoepfner Pilsener Reine Weine



Scheitungen in der Tierwelt.

Der Mädelenelefant.

Dem bekannten Afrikaforscher Knattbull ist es gelungen, in der Nähe des Wende-
kreises der Bananen in dem Gebiete der Mädelacke und der Kanaphagen
ein bisher unbekanntes Tier zu entdecken und es lebend nach Europa zu bringen: dem
Mädelenelefanten (elephas müccensis Knattbull).

Dieses Tier, so berichtet Knattbull, dessen bizarre Formen dem entzückten Forscher-
ange so manchen Liebreiz bieten, scheint seine Entstehung dem Umstande zu verdanken,
daß die Kanaphagen die Mädelacke unterjocht haben und bestrebt sind, ihnen das recht
süßlich zu machen. Ihre Medizinmänner verwandeln deshalb jeden Mädelackenschwamm,
den sie im Bereiche der Mädelacke entdecken, durch sogenannte faulen Zauber in eine Elefant-
herde und verlangen davon neue Tribute. Durch die oftmalige Wiederholung hat sich damit
eine Zwischenform von Mädelacke und Elefant herausgebildet, deren Konstitution allerdings,
was das Untergeteilt betrifft, noch nicht als vollständig bezeichnet werden kann.

Jagende in Hamburg, bei dem das Tier einzuweisen verpflegt wird, hat sich deshalb
sofort die gesamte Literatur über Knattbull bestellt, und im Elefantengehege, wo es unter-
gebracht ist, ein Plakat anhängen lassen:

Kutirolen Sie!

Er hofft, es damit viel besser auf die Beine zu bringen, denn es gibt nichts Besseres für
überanstrengte und leidende Füße als die Kutirol-Fußpflege, kurz als „Kutirolen“ bezeichnet.

Das wohltuende, herrlich erfrischende Kutirol-Fußbad (Doppelpackung 50 Pfg.) kräftigt
Nerven und Sehnen. Wer an nächtlichen Zehen- und Wadenkrämpfen leidet, kann sich
davon leicht überzeugen, denn ein möglichst warmes Kutirol-Fußbad vor dem Schlafengehen
verhütet diese auf Lebensanstrengungen beruhenden Anfälle.

Der Kutirol-Streupuder (Blechdose 1 Mark) verhilft lästigen Fußschweiß und befeuchtet
den Schweißgeruch.

Beide Präparate, regelmäßig angewandt, schützen gegen Brennen und Wundlaufen.
Das vielmillionenfach bewährte Kutirol-Fußneurogen-Pflaster (Packung 75 Pfg.) be-
festigt auch das hartnäckigste Hühnerauge in wenigen Tagen schmerzlos, unblutig und
gefahrlos. Es verursacht keinen Druck, wie die veralteten, mit einem Gipsring und Heft-
pflasterstreifen versehenen Binden. Letztere rollen sich stets zusammen, kleben am Strumpf
fest und bringen Nervöse zur Verzweiflung.

Das Gesamtergebnis des Kutirolens ist eine viel größere Ausdauer, ein schmerz-
selbstbewußter Gang, Espornis an Schuhen und Strümpfen (denn es werden deren mehr
durch Schweiß vernichtet, als auf andere Weise) und Besehung aller Verwunden, die vom
vielen Gehen und Stehen herühren.

Sie Touristen und Sportleute gibt es nichts Besseres und Zweckmäßigeres!
Wollen Sie ein Kutirol-Präparat zunächst mit der geringsten Ausgabe versuchen, so
kaufen Sie eine Doppelpackung Kutirol-Fußbad für 30 Pfg.

Am vorteilhaftesten aber kaufen Sie gleich die ganze Kutirol-Fuß- und -Dichtung, die alle
3 Präparate enthält und nur 2 Mark kostet. Sie sparen beim Einkauf der Kutirol-Fuß- und -Dichtung
25 Pfg. und erhalten außerdem noch einen Kutirol-Becherhalter gratis.

Jede Apotheke und Drogerie führt die Kutirol-Präparate. Hat sie eine zufällig nicht,
dann die nächste. Im anderen Falle veranlassen wir die Zusendung durch eine hiesige
Apotheke oder Drogerie.

Die Notwendigkeit der Fußpflege wird heute allgemein anerkannt. Wichtigste Auf-
klärungen über die Notwendigkeit der Fußpflege erteilt Ihnen unsere neue Druckchrift, die
wir Ihnen auf Verlangen kostenlos und portofrei zuwenden.

Kutirol-Fabrik Kurt Arisp, Groß-Salze bei Magdeburg.

Dirigent
betriebl. energische Kraft,
übernimmt noch die Veran-
wortung und Leitung einer
trefflichen Musikkapelle.
Angebote unter Nr. 4397
an das Volksfreundbüro.

Mosfäß
guter 200 Liter haltend, zu
verkaufen. Drauerstr. 3,
1. St., rechts. 28118.

Pfannkuch

Eingetroffen
große Posten

Limburger

Stangenkäse

1/4 Pf. 25 Pf. 1/2
4112
97 Pf. 1/2

Pfannkuch

STADTGARTEN

Samstag, den 1. August, abends von 8-10 1/2 Uhr:

Anlässlich der Tagung des Landesverbandes Baden
des Reichsverbandes der Zahnärzte:

Feuerwerk
(ausgeführt von der Firma Wilh.
Bessel-Heidelberg)

Konzert der Vereinigung badischer Polizeimusiker
Bengalische Beleuchtung — Lampenschmuck. Eintritt:
Nichtabonnenten-Erwachsene 1 Mk. Abonnent-Erwachsene
60 Pfg. Kinder je die Hälfte. Geöffnete Eingänge: Ein-
gang Nord, Süd, Ost (beim Vierordtbad) und Ettlingerstr. 8
(beim Gartenamt). 1412

STADTGARTEN

Sonntag, den 2. August, vormittags von 11-12 Uhr:
kein Musik-
zuschlag

Promenade-Konzert
von 3 1/2-6 Uhr: Nachmittagskonzert, von 8-10 1/2 Uhr:
Abendkonzert (Harmoniekapelle). 1428

Spar-Woche vom 1. bis 8. August

Gute Qualitäten! Billigste Preise!

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 36
1 Treppe.